

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprech-Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Auflage 5000.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,00. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen, für Arbeits- und Wohnungsgelegenheiten 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43.

Mittwoch, den 23. Mai 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die faulenzenden Arbeiter.

Ueber die Arbeitsverhältnisse Oberschlesiens giebt die soeben erschienene Jahresstatistik der ober-schlesischen Berg- und Hüttenarbeiter folgende Aufschlüsse: Im Durchschnitt entfielen im Jahre 1893 auf die Arbeitskraft 270,4 Arbeitstage gegen 274,1 im Jahre 1892, 279,8 im Jahre 1891 und 272,7 im Jahre 1887. Der Jahresdurchschnittslohn des einzelnen männlichen Arbeiters über 16 Jahre betrug in 1887 585,6 Mark, in 1891 821,1 Mark, in 1892 792,4 Mark und in 1893 775,6 Mark; des einzelnen männlichen Arbeiters unter 16 Jahren in 1887 273,5 Mark, in 1891 294,1 Mark, in 1892 278,5 Mark und in 1893 299,7 Mark; des weiblichen Arbeiters in 1887 210,1 Mark, in 1891 262 Mark, in 1892 151,2 Mark und 1893 245,6 Mark. Der Rückgang in 1893 im Durchschnittsjahresverdienst, welcher sowohl bei den über 16 Jahre alten männlichen Arbeitern als auch bei den weiblichen Arbeitern rund 2 Prozent beträgt, entspricht ungefähr der Abnahme der im Jahresdurchschnitt auf die Arbeitskraft entfallenden Arbeitstage.

Damit ist zum so und so vielten Male die Richtigkeit der von uns aufgestellten Behauptung: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschlechtern sich von Jahr zu Jahr“ bestätigt.

Arbeiterentlassungen und Lohnabzüge sind ja überhaupt die Signatur unserer Zeit. Mehrfach, ja tagtäglich führen die Arbeiterorgane hierüber lebhaft Klage. In selbst das Bauhandwerk und die mit ihm verwandten Berufszweige klagen über Arbeitsmangel. Wie lange wird es dauern dann ist der Sommer wieder zu Ende, und der Winter macht sich mit all seinen unliebsamen Eigenschaften in verstärktem Maße erneut bemerkbar.

Ganz besonders machen sich die Arbeiterentlassungen und Lohnkürzungen in der Textilindustrie bemerkbar. So z. B. kündigte vergangener Sonnabend die mechanische Sammetweberei von Chrespof Andree zu Mühlheim ihren Lohnkaven an, daß vom 13. Mai ab auf sämtliche Arbeiten eine Lohnreduktion von 10 Pfg. pro Metern eintreten werde, was bei mittlerem Geschäftsgang ungefähr 2 Mark die Woche ausmacht. Dabei waren bis jetzt schon die Löhne in dieser Fabrik wahrhaftig nicht zu hoch, dagegen giebt es aber bei den geringsten Befehlen unverhältnismäßig hohe Abzüge. Für den, der sich das nicht gefallen lassen will, hat man die übliche latonische Bemerkung: Wem's nicht paßt, kann gehen. Die Lohnreduktion trifft die Arbeiter um so schlimmer, als schon seit Oktober vorigen Jahres wegen angeblich schlechten Geschäftsganges „kurze Tage“ gearbeitet worden sind, und der Verdienst im verfloffenen Winter schon ein sehr geringer, besonders bei Arbeiterinnen war: 5 bis 10 Mark die Woche.

Nicht viel besser liegen die Verhältnisse in Sachsen. Auch hier gehen die Löhne beständig zurück. Nach den in den am meisten vom Arbeitsmangel betroffenen Dörfern Oberweigsdorf, Mittelweigsdorf, Dornhennersdorf u. A. angestellten Erhebungen beträgt nach der „Volks-Zeitung“ (also einem bürgerlichen Blatte) der Wochenlohn eines Handwebers für 90 pCt. der Weber bei regelmäßiger Beschäftigung, welche jedoch seit Jahresfrist nicht mehr besteht, 4 bis 6 Mark, und nur 10 pCt. haben 6 Mark Wochenlohn!

Für diese Orte treffen nicht einmal die Voraussetzungen zu, unter denen hier die Versicherungsbeiträge festgesetzt sind. Der ortsübliche Tagelohn ist hier auf 1,40 Mk. für Männer und 1 Mk. für Frauen angenommen.

Und mit einem derartigen Hungerlohn soll der Arbeiter und seine Familie ein menschenwürdiges Dasein führen. Nicht einmal erreicht wird die Summe, welche seiner Zeit der bekannte Hofrath Dr. Adermann festsetzte, die nötig sei, um „einigermaßen“ menschenwürdig leben zu können — 900 Mk. pro Jahr.

Und da wundert sich die bürgerliche Gesellschaft, daß die Arbeiter unzufrieden sind und nach Besserung ihrer Lage trachten. An Frivolität grenzt die Behauptung: jene mit Hungerlöhnen abgespeisten Arbeiter und Frauen würden von den „Arbeiterführern“ aufgehetzt und die „Begehrlichkeit“ dieser Armen würde durch sozialistische „Brandreden“ und bito Schriften erweckt.

Der Hunger der Arbeiter und die Willkür so mancher Unternehmer ist der beste Agitator für die Sozialdemokratie. Wie es mit den Löhnen bestellt ist, haben wir an vorstehenden, aus dem Stegreif gegriffenen Beispielen gezeigt, wie unmenschlich Unternehmer resp. deren Organe die Arbeiter behandeln, lehrt uns nachstehendes Beispiel: Der Direktor der Bauabtheilung vom Krupp'schen Werke hat als bestes Mittel, die Arbeiter zu fleißiger Thätigkeit anzuregen, eine Lohnkürzung empfohlen. Folgender Ukas kam jüngst zur Kenntniß der Arbeiter:

Birkular.

Leider habe ich die Wahrnehmung machen müssen, daß sowohl die im Auford als auch im Tagelohn beschäftigten Arbeiter der verschiedenen Betriebsabtheilungen des Bau-Bureaus fast ohne Ausnahme in ganz unverantwortlicher Weise faulenzten. Es ist dies ein Beweis einerseits, daß nicht alle Organe des Aufsichtspersonals ihren Dienst gewissenhaft ausüben und andererseits, daß die Aufordräge den Arbeitsleistungen nicht entsprechen, sondern vielfach zu hoch stehen.

Um diesem Unwesen zu steuern, beantrage ich, daß eine bedeutend schärfere Kontrolle der Arbeitsstellen durch das Aufsichtspersonal stattfindet, namentlich bei Beginn und Schluß der Schichten und Pausen.

Sodann sind seitens der Kontrolle die von den Meistern beantragten Aufordräge einer gewissenhaften Prüfung zu unterziehen und nur dann zu genehmigen, wenn die Ueberzeugung genommen ist, daß die Arbeiter nur bei geschickter und fleißiger Thätigkeit einen angemessenen Verdienst erzielen können.

Die Kontrolleure sind ferner verpflichtet, diejenigen ihres Aufsichtspersonals, welche nicht voll und ganz ihre Pflichten erfüllen, mir zur Meldung zu bringen.

Bau-Bureau, den 24./4. 1894.

gez. Schmolh.

Neugierig sind wir, was der Herr Schmolh als angemessenen Lohn und als fleißige Thätigkeit ansieht. Jedenfalls scheinen seine Ansichten über diese Punkte von denen der Arbeiter weit abzuweichen, denn diese klagen — wie unser Dortmunder Parteiorgan berichtet — schon längst darüber, daß sie bei den niedrigen Aufordrängen keinen ordentlichen Lohn erzielen können. Aber nach Ansicht des Herrn Direktors schinden sie sich noch nicht genug für ihre armseligen Groschen, deshalb muß der Brodkorb höher gehängt und der Aufseher daran erinnert werden, daß er Antreiber sein soll.

Wäre die Sache nicht für die Betroffenen so ernst, man könnte darüber lachen, daß über 100 Jahre nach Adam Smith ein Betriebsleiter der Ansicht ist, ein schlecht gelohnter Arbeiter leiste mehr als ein gut gelohnter. Jedenfalls sieht man hier einmal mit erwünschter Deutlichkeit, mit welcher Kaltblütigkeit und unter welchen Vorwänden der Unternehmer die Löhne kürzt.

Und zu diesen Lohnkürzungen liegt gar keine Veranlassung vor. Die Gewinne der Unternehmer, der Aktionäre sind immer noch ganz beträchtliche. Diese Lohnkürzungen und diese verschärfte Auspönerung der Arbeitskraft entspringen nur der Gier nach Mehrwerth.

Von der Konzentration des Kapitals und dem Gewinn der Unternehmer resp. der Aktiengesellschaften bekommt man einen Begriff, wenn man die Rechenenschaftsberichte der Aktiengesellschaften aufmerksam verfolgt. Hier ein paar Beispiele: Nach den Veröffentlichungen einiger Unternehmungen der Württembergischen Vereinsbank hatte die Württembergische Metallwaarenfabrik in Geislingen nach Abzug der vertrags- und statutengemäßen Tantiemen einen Nettogewinn von 342,363,01 Mark. Davon werden für Gratifikationen und Arbeiterhilfskassen 41,000 Mark verwendet, das Uebrige als elfprozentige Dividende an die Aktionäre vertheilt.

Die Vereinigten Kolo-Kottweiler Pulverfabriken haben ebenfalls einen recht günstigen Abschluß im verfloffenen Rechnungsjahre erzielt, die zu vertheilende Dividende beträgt 12 1/2 Prozent.

Die demselben Konfinkonjum gehörende Badische Anilin- und Sodafabrik hat mit einem Gewinnsaldo von 7,702,466 Mark 22 Pfg. abgeschlossen.

Angeichts solcher rentablen Geschäftchen ist es begreiflich, daß bei der Subskription auf 3 Millionen Mark Aktien für die Deutsche Metallpatronenfabrik in Karlsruhe eine Zeichnung von ca. 18 Millionen Mark erzielt wurde. Bei solchen Ausbeutungsgelegenheiten, wo ohne eigene Arbeit Geld genug verdient wird, finden sich Liebhaber genug.

Welche Summe von Arbeiterelend liegt in diesen Profitsummen und wie viele ruinierte selbstständige Existenzen werden durch die Ausbreitung solcher Riesenunternehmen zu verzeichnen sein? Und doch wählt das

deutsche Volk meistens solche Aktionäre als „Förderer des Kleinhandwerks“ zu Geseggebern, nach dem Grundsatz:

Nur die abergerüsteten Räder,
Wählen ihre Reyerger selber!

Nur gut ist's, daß die Haltlosigkeit eines derartigen Systems nicht nur von den Sozialisten eingesehen ist, sondern auch von anderen vernünftig denkenden Menschen eingesehen wird.

In seinem soeben in französischer Uebersetzung erschienenen Buche: „Die wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft“, predigt Professor Loria (Professor der Nationalökonomie an der Universität Padua) der Bourgeoisie Selbsterkenntniß, indem er ihr zeigt, wie sie auf dem Endpunkt ihrer Macht angelangt ist und die Bedingungen ihres Unterganges durch die herrschende Produktionsweise selbst erzeugt.

Loria sagt u. a.:

„Was besonders zur Zerlegung der gegenwärtigen politischen Gebilde und zur Neubildung einer höheren Form beiträgt, das ist der schreckliche Verfall der bürgerlichen Klasse, sie zeigt sich immer mehr unfähig, die Regierung zu führen und die Richtung der Politik (und Wirtschaftsordnung) zu bestimmen. Wenn in der That der kapitalistische Besitz den Erwerb einer höheren Bildung und damit das Aufsteigen der Kapitalistenklasse zur politischen Macht befördert, so wirken die auflösenden Tendenzen dieser Wirtschaftsweise nach entgegengesetzter Richtung und schwächen allmählich, aber mit furchtbarer Gewalt, die herrschende Klasse. Es ist überflüssig, Beweise dieses Verfalles herbeizuschaffen, da es genügt, den Zustand aller zivilisierten Staaten unparteiisch zu betrachten. Ueberall ist an Stelle höherer politischer Einsicht der wilde, regellose Kampf selbstsüchtiger Interessen getreten. Auf der anderen Seite, und während die Kapitalistenklasse auf dem Wege zum unabwehrbaren Verfall weiterstreift, gewinnt die durch soziale Kämpfe und Arbeit abgehärtete Arbeiterklasse beständig an intellektuellen Fähigkeiten und moralischer Kraft und wird so immer geeigneter, von der politischen Macht Besitz zu ergreifen. In demselben Maße, wie die ökonomischen Grundlehren der Klassenherrschaft erschüttert werden, sehen wir auch die geistliche Ueberlegenheit, welche diese Klassenherrschaft rechtfertigen konnte, verschwinden und einer wahren Inferiorität Platz machen. Und so drängt sich immer mehr die Nothwendigkeit auf, der in einen greisenhaften Stumpfhirn verfallenen Bourgeoisie die Macht zu entreißen, die sie nicht mehr fähig ist, vernünftig zu gebrauchen. Sie muß in die Hände einer jungen, kernhaften „Masse“ kommen, die fähig ist, die menschliche Gesellschaft ihrer trohen und eblen Bestimmung entgegenzuführen.“

Nun, diese junge, „kernhafte Masse“ ist da, die Regierungen müssen bereits mit ihr rechnen. Alle Gesetzesvorlagen, die dem Reichstage unterbreitet werden, werden bekanntlich daraufhin geprüft, welche Wirkung sie auf die Entwicklung jener „kernhaften Masse“ üben.

Vollständig Recht hat die nationalliberale „Münchener Allgem. Ztg.“ in ihrem Artikel über die Maidemonstration jener „kernhaften Masse“: „... Der Zeitpunkt dürfte nicht mehr allzu fern sein, an welchem das organisierte Proletariat sich in der Lage sieht, der Gesellschaft seine Bedingungen aufzuerlegen.“

Und so wird's kommen. Nur Geduld!

Politische Rundschau. Deutschland.

Vogelfreiheit der Presse in Deutschland. Der „Fall Thüngen“ hat die bürgerliche Presse in die Lärmtrompete stoßen lassen über die Unsicherheit in Betreff der Gerichtszuständigkeit der Redakteure im Falle einer Klage. Die Gesetzgebung selbst ist es, die solche ungeheure Zustände geschaffen hat und namentlich die liberalen Parteien, die sich so viel auf ihre liberale, freiheitliche Gesetzgebung zugute thäten, haben es verschuldet, daß solche Zustände bei uns einreißen konnten. Aber nicht nur die Zuständigkeit der Gerichte bei Preßvergehen ist es allein, die die Presse als vogelfrei erscheinen läßt, auch über die Verantwortlichkeit für den Inhalt der Zeitungen sind die Bestimmungen des Preßgesetzes so vage, daß es förmlich dem Ermessen der Staatsanwaltschaften überlassen ist, ob diese sich mit der Verantwortlichkeit des Redakteurs begnügen oder nicht. Gegenwärtig spielt sich bei der Elberfelder „Freien Presse“ ein Fall ab, der sehr zu denken giebt. Die Staatsanwaltschaft will wissen, wer der „Rud“ ist, der allwöchentlich die Reichschronik schreibt. Den Vorwand giebt eine Reichschronik, die zu Anfang März in der „Freien Presse“ erschienen ist und einen Vorgang bespricht, bei welcher ein Rechtsanwalt Führerbeitheilig sein soll. Genosse Lingweiler, der als verantwortlicher Redakteur zeichnet, übernahm bei der gerichtlichen Vernehmung die Verantwortung für den Inhalt der Reichschronik und auf Befragen erklärte er, keine Veranlassung zu haben, den Verfasser zu nennen.

Nach dem klaren Wortlaut der Bestimmungen des Pressgesetzes war demselben dadurch Genüge geschehen, aber die Staatsanwaltschaft ließ sich wahrscheinlich von dem Grundsatz leiten, daß sie den Beruf habe, dafür zu sorgen, daß kein Schuldiger Strafe entgehe und als Mit- vielleicht auch als Hauptschuldigen sah sie jedenfalls den Verfasser der Reimchronik an. Der mußte also gefaßt werden. Und nun ging wieder an die Suche. Zunächst wurde der Genosse Gewehr vor den Untersuchungsrichter citirt und auf seinen Zeugniseid nach dem Verfasser der besagten Reimchronik befragt. Auch unglücklicher Weise war Gewehr damals, als die beregte Reimchronik erschien, noch im Genuß der „Staatspension“, die er sich für seine frühere Thätigkeit zugezogen hatte und konnte demgemäß dem Wunsche des Staatsanwalts nicht willfahren. Genosse Grimpe, ebenfalls als Mitglied der Redaktion zeugeneidlich nach dem Verfasser der Reimchronik vernommen, verweigerte grundsätzlich über alle Artikel, die in der „Freien Presse“ erschienen, die Aussage, weil er besorge, sich event. selbst zu belasten. Auf den Vorhalt des Untersuchungsrichters, daß er über die Person des „Buck“ Auskunft geben müsse, falls er es selbst nicht sei, verweigerte er ebenfalls die Aussage, da es doch nicht ausgeschlossen sei, daß der Name „Buck“ eben ein Sammelname für verschiedene Personen sei, die gemeinschaftlich an der Reimchronik arbeiten. Mit dieser Antwort mußte sich der Untersuchungsrichter wohl oder übel zufrieden geben, nicht aber in der weiteren Forschung nach dem „Buck“. Und so wurden dann die Mitglieder der Preßkommission in das hochnothpeinliche Verfahren hineingezogen und allen die Frage vorgelegt: „Wo und wer ist der Buck.“ Die Mitglieder der Preßkommission konnten natürlich unter Eid erklären: wir wissen es nicht, das ist Redaktionsgeheimniß. Sogar der Gerichtsberichterstatter und der Maschinenmeister der Druckerei der „Freien Presse“, ebenso der Expedient derselben wurden vernommen und alle konnten eidlich erklären: „Wir kennen den Buck nicht.“ — Zuguterlegt wurde die Ehefrau Grimpe — nicht eidlich — nach dem „Buck“ ausgefragt, diese jedoch verweigerte auf Grund der Strafprozeßordnung §§ 54 und 55 die Aussage. Ist das nun nicht wirklich stark, wenn auf Grund unklarer und sich widersprechenden gesetzlichen Bestimmungen es zulässig ist, daß das ganze Personal eines Zeitungsunternehmens herangezogen werden darf und unter der Zwangslage des abgelegten Eides gezwungen wird, in einem politischen Prozesse gegen Freunde und Mitarbeiter den Angeber zu spielen, Aussagen zu machen und diese zu belasten, während es doch nach den einfachen Bestimmungen des Pressgesetzes genügt, wenn der verantwortliche zeichnende Redakteur die Verantwortung für die veröffentlichten Artikel übernimmt! — Fürwahr, sie können stolz sein, unsere Gesetzmacher, auf ihr Werk. Die Sache kam aber noch besser. Als am vorigen Sonntagabend die Reimchronik gesetzt wurde, erschien die Polizei. In den Räumen der Druckerei, der Redaktion, Expedition u. wurde nach dem Manuskript zum „Buck“ gehaust, doch ohne das gewünschte Resultat zu erzielen. In der Seherei wurde jedes Sezerpult und die Schubladen nach dem so hehlich gewünschten Stück Papier durchsucht, jedes Schnittföhen beschriebene Papier wurde auf seine Lauterkeit geprüft und als schließlich die gesammte Thätigkeit nicht zu dem erhofften Resultat führte, zogen die Vertreter der heiligen Göttin Themis enttäuscht von dannen. Also nicht genug, daß dem Staatsanwalt ca. ein Duzend zeugeneidliche Aussagen bestätigten, daß der „Buck“ für ihn nicht zu haben ist, sendet er seine amtlichen Vertreter, um sich von diesen diese Thatsache nochmals bestätigen zu lassen. Wir fragen nur, wozu soll das führen? Vieles ist in unserem lieben Deutschland schon dagewesen, das aber jedenfalls noch nicht. Na, uns soll's recht sein.

Der Gummischlauch, die Brausemutter und Nichtsofen haben endlich einen Vertheidiger gefunden. Wer kann dies sein, da die „Hamb. Nachrichten“ in den Chor der Presse einstimmen und die „Nordd. Allg. Ztg.“ noch immer schweigt? Wer kann dies sein? Die Antwort ist nicht schwer, es ist der Mann, der sich stolz „Apostata“, der Abtrümmige nannte, der von uns schon so oft gekennzeichnete Herausgeber der „Zukunft“, Herr Maximilian Harden. Herr Brausemutter hat durch sein Verhalten sich nicht Anspruch auf unsere Rücksicht erworben, daß er aber nach all dem Bösen, was über ihn die Presse geschrieben hat, heute von Herrn Harden in Schutz genommen wird, erweckt selbst bei uns das Mitleid. Bekanntlich ist Harden auch einer der wüthendsten Bismarckfreunde. Gewiß, wer den Mann vertheidigt, muß auch sein System vertheidigen.

Antisemitismus unter sich. In einem Nachruf, welchen der Böckel'sche „Reichserold“ (11. Mai) dem kürzlich verstorbenen Großkaufmann Rudolf Herzog widmet, heißt es: „Rudolf Herzog ist gestorben, der bekannte konservative Geldgeber, der seiner Zeit, als die Berliner Bewegung hochging und die Gelegenheit günstig schien, dieselbe für reaktionäre Zwecke einzufangen, mit großen Stimmen beiprang, aus welchen man behufs konservativen Stimmengangs unentgeltliche Festlichkeiten mit Massenkonsum von Freibier veranstaltete. Trotz des gewaltigen Durstes, den die Gratis-Bierverschöpfung bei der Berliner Bevölkerung erzeugte, stellte sich die konservative Gesinnung nicht ein, vielmehr wurde Berlin immer mehr sozialdemokratisch. Später war Herzog Geldgeber der „Neuen Deutschen Volkszeitung“ des Herrn Liebermann von Sonnenberg, die ihm sehr viel Geld kostete, die aber Herr von Sonnenberg Knall und Fall eingehen ließ, um nach Paraguay auszuwandern. Er kam jedoch nur bis

nach Leipzig, wo er seine Abschiedsrede hielt, Blumenbouquets in Empfang nahm, um dann — wieder bei uns zu bleiben. Herzog hatte nach diesen schlüssigen Erfahrungen die Sache satt und zog sich von Allem, was Antisemitismus heißt, zurück. Er war sein Geld los und erbittert.“

„Das Gebetswunder und das Strafgesetzbuch.“ In der „Frankf. Ztg.“ vom 17. ds. hatte jemand auf die seltsame Lage hingewiesen, in die jener von Herrn Stöcker citirte Mann geräth, an dem sich das Gebetswunder erfüllt hat: von Ermittlung bedroht, findet er nach dem Gebet auf der Straße 10 Mark, die er als Miethegeld braucht. Frage: wie hat sich der erfolgreiche Vetter mit den Vorschriften des Gesetzes (§ 246 Str.-G.-B. Unterschlagung von Fundgegenständen) abgefunden? — Dieser Widerspruch scheint auch in Kreisen des evangelisch-sozialen Kongresses einiges Kopfschütteln hervorgerufen zu haben. Die „Frankf. Ztg.“ erhält nämlich aus Cassel folgende Zuschrift:

Hochwohlwollende Redaktion der „Frankf. Ztg.“! Als Teilnehmer des evangelisch-sozialen Kongresses habe ich mit großem Interesse Ihr recht gutes objektives Referat über die Verhandlungen gelesen und bitte ich um Aufnahme des Folgenden:

In Nr. 185 Ihres geschätzten Blattes unter „Meines Feuilleton“ findet sich eine an den Hofprediger Stöcker gerichtete mit der Ueberschrift: „Das Gebetswunder und das Strafgesetzbuch“ verfehene Anfrage, welche Grenze zwischen Gebetswunder und Funddiebstahl zu ziehen sei. Auf der heute hier tagenden Kasseler Pastoral-Konferenz, der Hofprediger Stöcker bewohnte, kam die besagte Notiz Ihrer Zeitung zur Sprache. Herrn Hofprediger Stöcker wurde die gedachte Frage vorgelegt und derselbe ermächtigte mich, Ihnen als Antwort mitzutheilen, daß der betreffende Finder seinen Fund von 10 Mk. sofort bei der Polizei angemeldet habe, dort ihm die Antwort gegeben sei, daß ein Verlierer von 10 Mk. in Berlin nicht zu ermitteln sei, mithin der Fund ihm als rechtmäßiges Eigenthum von der Polizei zugesprochen wurde. Daher sei hier von einem Funddiebstahl nicht zu reden.

Hochachtungsvoll
Echeele, Pfarrer zu Bad Sooden a. d. Werra.

Diese Aufklärung mag die Herren von der Pastoral-Konferenz befriedigt haben, schreibt die „Frankf. Ztg.“ — uns genügt sie nicht. Wir bestreiten zunächst, daß die Polizei, bloß damit das Gebetswunder zustande komme, sich ihrerseits gegen die bestimmten gesetzlichen Vorschriften vergangen und dem Finder den Geldbetrag einfach geschenkt habe. Wir bestreiten ferner, daß ein Verlierer von 10 Mk. in Berlin nicht zu ermitteln sei. Nicht bloß weil thatsächlich unter Umständen noch kleinere Beträge angemeldet und wiedererlangt werden können, sondern auch aus einem Grunde, den wir ausnahmsweise dem Gedankenkreise des Herrn Hofpredigers a. D. entnehmen wollen: Wenn Einer, der 10 Mk. verliert, Gott anriefe, damit er das Geld wiederfinde, wäre es ja ganz unmöglich, daß sich auch an ihm ein Gebetswunder vollziehe, wenn ein Verlierer von 10 Mk. in Berlin schlechterdings nicht zu ermitteln sei. Wir fragen deshalb: erfüllt sich das Gebetswunder bloß an Findern oder auch an Verlierern? Erfüllt es sich bloß in Städten von geringerer Einwohnerzahl oder auch in Großstädten? Erfüllt es sich bloß bei Beträgen bis zu 10 Mk. oder auch bei größeren Erfordernissen? Kurz und gut, wir wiederholen unsere noch immer nicht beantwortete Frage von neuem: wo ist die Grenze, an der das Gebetswunder anfängt und der Funddiebstahl aufhört?

Ist das Pumpsystem ein Privileg des Staates? Durch Berliner Blätter geht folgende Mittheilung:

„Zu der 12 Millionen-Anleihe, welche die Stadt Charlottenburg vor Jahr und Tag beschloß, hatte, nach dem sie vom Bezirks-Ausschuß schon genehmigt war — der Minister des Innern seine Zustimmung verweigert, Straßen-Regulirungen und Volksschulhausbauten sollten von den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Der Minister kritisiert die Finanzgebarung der Stadt Charlottenburg scharf.“

Im deutschen Reich, so bemerkt dazu die „Allg. Volksztg.“, werden solche Ausgaben, namentlich Kasernenbauten, Festungsbauten, Beschaffung neuer Kanonen und Gewehre, Bau neuer Panzerschiffe u. s. w. seit langen, langen Jahren ganz gemüthlich aus Anleihen gedeckt, ohne daß ein Minister diese Finanzgebarung „scharf kritisiert“. Wenn es aber in Charlottenburg unwirtschaftlich ist, Straßen und Volksschulhäuser aus Anleihen zu bezahlen, dann ist es im Reich ebenso unwirtschaftlich, Gewehre und Kanonen auf Pump zu beschaffen. Oder halten neue Kanonen und Gewehre im Reich länger als neue Straßen in Charlottenburg, und neue Kasernen länger als neue Schulbauten? Das ist der Krebschaden der ganzen Reichsfinanzpolitik, daß Ausgaben auf die Anleihen verwiesen werden, welche nach halbwegs vernünftigen Finanzgrundsätzen nur aus laufenden Einnahmen gedeckt werden dürften. So kommt es daß das Deutsche Reich gegenwärtig schon über 2 Milliarden gänzlich unproduktive Schulden verzinsen muß, welche in dem kurzen Zeitraum von 16 Jahren aufgenommen worden sind. Wenn etwas heute dem Wechsel unterliegt, dann sind es doch neue Gewehre und Kanonen. Was unsere Panzerschiffe anlangt, so rechnete man für dieselben, als sie gebaut wurden, auf eine Dienstzeit von 24 Jahren. Sie bringen es aber thatsächlich, wie in der Budgetkommission des Reichstages die Marineverwaltung auseinandersetzte, nur auf 18 Jahre. Doch werden solche Schiffe immer wieder aus Anleihen gebaut.

Uns sind Fälle bekannt, daß preussische Gemeindeverwaltungen die Kommunal-schulden nicht unerheblich steigerten, indem sie für sogenannte „patriotische Feste, Kaiserbegrißungen u. trotz ihrer schlechten Finanzlage bedeutende Summen verausgabten. Es ist uns nicht bekannt geworden, daß der preussische Minister des Innern derartige „Verwendung“ kommunaler Mittel jemals getadelt hätte.

Gekrönte Worte. Vor 4 oder 5 Jahren verzichtete bekanntlich der österreicherische Erzherzog Johann auf Rang, Titel und Fürstentümmer, nahm den bürgerlichen Namen Johann Orth an, wurde Schiffskapitän und ist mit seinem Schiffe spurlos verschwunden. Es werden jetzt Aussprüche von ihm veröffentlicht, die in einem seinen Entschluß erklärenden Schriftstück enthalten sind. Wir greifen folgende heraus:

„Ich muß aufhören Prinz zu sein, um Mensch sein zu dürfen. — Ich suche das Recht auf Arbeit. — Bin zu stolz, um einen fälschlichen Müßiggänger abzugeben. — Ich will nicht das Geld des Volkes annehmen wie andere. — Ich will dem Staate keine Last sein, dem ich nichts leisten darf. — Meine Standesgenossen betrachten es als Schande, wenn ich mir das Leben selbst verbiene.“

Daß Erzherzog Johann mit solchen Grundsätzen nicht Fürst bleiben konnte, ist einleuchtend. Und er hat wohl manchmal an das Wort Rousseau's an die Karin Katharina gedacht: „wenn in das Unglück hätte, Fürst zu sein!“

Zahlreiche größere Soldatenmishandlungen sind, wie das „Witzb. Journal“ aus Nürnberg erfährt, bei einem dortigen Regimente entdeckt worden, nachdem dieselben Monate lang fortgedauert haben sollen.

Als eine grobe Ullge wird sich allem Anschein nach die durch das Telegraphenbureau verbreitete Nachricht, wonach es in Roubaix zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Anarchisten gekommen sein soll, wobei die letzteren riefen: „Nieder mit Frankreich!“ herausstellen. In Roubaix gibt es, wie auch der heutige „Vorwärts“ in einer Notiz bestätigt, gar keine Anarchisten, sondern bloß Sozialisten, und kein französischer Sozialist ruft: Nieder mit Frankreich! ebensowenig wie ein Deutscher, nieder mit Deutschland! Es ist das eine elende Ullge, die einen Akt brutaler Verwältigung beschönigen soll. Vermuthlich ist der Streich langer Hand vorbereitet — die französische Bourgeoisregierung sucht schon seit vorigem Jahr krampfhaft nach einem Vorwand, um den Roubaixer Sozialisten, welche die Stadtverwaltung in der Hand haben, ein Bein zu stellen.

Deutsche Gastfreundschaft. Erst wenige Wochen sind vergangen, seitdem wir von der Ausweisung zweier ganz harmloser Ausländer (eines Russen und eines Bulgaren) aus Berlin und deren Ueberwachung durch Geheimpolizisten bis nach Mannheim zu berichten hatten, und diese Erniedrigung der Berliner Polizeibehörde zum Büttel des Jarenthums scharf verurtheilten. Das in Berlin beliebte scharfe Vorgehen hat nun bereits in dem Lande, das sich seit langem unter allen deutschen Staaten durch seine Polizeiwillfür dem Sozialismus gegenüber bemerkbar machte, nämlich in Sachsen, Nachahmung gefunden. In dem schönen Dresden ist, wie die „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ mittheilt, passiert, was noch nicht dagewesen, so lange die Stadt existirt — ein seit vier Jahren in Dresden sich aufhaltender russischer Staatsangehöriger, der Schriftsteller Schumilow, wurde ohne Angabe von Gründen aus Dresden und ganz Sachsen ausgewiesen. Der Betreffende besuchte im ersten Jahre seines Aufenthaltes das Polytechnikum in Dresden, lebt seitdem als Schriftsteller dort und ist verheiratet. In Betreff seiner Parteistellung schreibt die „Sächs. Arbeiterztg.“:

„Wie wir positiv behaupten können, hat derselbe in keiner Weise sich politisch bethätigt, sich nicht im mindesten in die hiesigen Parteiverhältnisse eingemischt. Und hierin gerade liegt das in Dresden noch nicht Dagewesene, das Unerhörte an diesem Verfahren. Trotz dieser Lage der Dinge ist der Betreffende für Dresden und Sachsen ein Stein des Anstoßes, er darf hier nicht leben, er muß hinaus.“

Das Vorgehen der sächsischen Polizei, gegen welches, wie dasjenige der preussischen Polizei, der schärfste Protest erhoben werden muß, ist ein neuer Beweis der „schärfsten Tonart“, die in den oberen Regionen der verschiedenen Bundesstaaten allmählig wieder die Oberhand zu gewinnen scheint.

Nebel lohnt die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.“ den in Frankfurt a/M. stattgehabten christlich-sozialen Kongress. Sie schreibt u. A.:

„So wenig Jemand dem evangelisch-kirchlichen Element versagen wird, auch in den sozialen Angelegenheiten mitzuwirken, so bescheiden begrenzt die Aufgabe des Kongresses erscheint, wie sie der Vorrede in seiner Einleitungsrede darlegte, so verlieren sich dessen Redner und Beschlüsse sofort in's Uferlose des Christlich-Sozialen, sobald man sich ansetzt, konkrete Fragen zu erörtern.“

Besonders rügt das offiziöse Organ, daß der Kongress — speziell Herr Stöcker — sich angemacht habe, der evangelischen Kirche Normen für die Behandlung sozialer Fragen vorzuschreiben. Weiter wird getadelt, daß Pfarrer Göhre erklärt hat, die Vorherrschaft der Großgrundbesitzer in Ostpreußen müsse gebrochen werden, indem man die Infulente in Hunderttausend neu zu schaffen Bauerngüter einsetze. In ähnlicher Weise sprach auch Dr. Weber sich aus:

„Der alte hochverdienende Grundadel des Ostens kann sich nicht halten, schon wegen des Mangels an geschäftlicher Intelligenz und wegen des Mangels an sozialer Reflexion. Es geht den Landarbeitern heute nicht schlechter als früher. Aber diese Klasse proletarisirt sich zu dem Niveau des Industriearbeiters. Die Einzelherrschaft wird in Klassenherrschaft verwandelt. Die persönliche Verantwortung verschwindet, etwas Unpersönliches, das Kapital, tritt an die Stelle. Der Haß gegen Personen verschwindet gegen den überhandnehmenden objektiven Haß. Von jeher hat deshalb die Kirche Partei genommen gegen die kapitalistische Entwicklung, gegen die Herrschaft der Klasse. (!?) Wir hoffen von der evangelisch-sozialen proletarischen Bewegung eine Fortentwicklung zu einer politischen. Wir hoffen, daß wir über die Köpfe der Spießbürger hinweg dem Proletariat die Hände reichen.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ übt an diesen Auslassungen folgende Kritik:

„Diese Reden gaben nun zwar sowohl dem Vorsitzenden des Kongresses, Herrn Dekonomierath Robbe, wie einem ostpreussischen Pfarrer und sogar dem Professor Wolf Wagner Veranlassung, energischen Protest einzulegen — aber — so fragt

man sich, wie kam es, daß beide von der Vereinstellung berufene Repräsentanten gegen den Großgrundbesitz Stellung nahmen und beide dem „Proletariat“ die Hand entgegenstreckten? In seinem neuen „Handbuch“ betitelten Organ berichtet der Mentor Althardt ebenfalls die Gesichtspunkte, welche hier Herr Göhre und Dr. Weber vertreten; auch dort ist Devise: Gegen „Kunster und Juden“, und bei den Sozialdemokraten wird nur das letzte Wort durch Kapital umschrieben und werden als dritter „Feind“ die Pfaffen hinzugefügt.

Es wirkt recht komisch, daß die „Norddeutsche“ die Phrase von der Verbrüderung des Proletariats mit den Christlich-Sozialen ernst nimmt.

Behufs Aufrechterhaltung der ganz besonderen Ehre rücken sich der 1. Major a. D. und frühere Abteilungscommandeur im 1. 4. Feld-Reg. Neg., Beleville und der Rittmeister des 1. Chev.-Reg. Dietrich am 13. April ds. Js. Früh 6 Uhr auf dem großen Schießplatz in Ausburg im Zweikampf mit Pistolen auf den Pelz. Damit die Pelze aber nicht zu nah oder gar durchlöcher werden, nahmen die Helden 35 Schritt Distanz. Jeder der Theilnehmenden schoss drei Schüsse in die Luft und wurde deshalb Beleville, als Beleidigter zu 3 Monaten, Dietrich als der Beleidigter zu 5 Monaten Festung verurtheilt. — Geistig sollen beide Herren normal sein, fügt die „Münchener Post“ zu.

Die ostelbischen Runder haben sich für ihre Niederlage beim deutsch-russischen Handelsvertrage gerächt. Sie haben im preussischen Abgeordnetenhaus die Vorlage betreffend den Bau des Dortmund-Ems-Nheinkanals zu Fall gebracht. Die Vorlage der Regierung wurde am Freitag mit 186 gegen 116 Stimmen abgelehnt.

Die neun Volksversammlungen, welche in Berlin stattfanden, um Stellung zum Brauerei-Boycott zu nehmen, waren von mehr als 25,000 Personen besucht. In sämtlichen Versammlungen wurden einstimmig und unter großer Begeisterung eine Resolution angenommen, welche dem Boycott zustimmt.

Oesterreich-Ungarn.

Die Hoffnungen kommen in Verlegenheit. Das Organ des Auswärtigen Amtes, das „Fremdenblatt“, tritt entschieden für die Durchführung der Zivilehe in Ungarn ein und erklärt: Man wird es außerhalb Ungarns nur mit Befriedigung begrüßen, wenn dieser Zustand der beständigen Unruhe und Spannung ein Ende findet und durch endliche Annahme der Regierungsvorlage der gegenwärtige kirchenpolitische Zwischenfall seinen Abschluß erhält. Die Regelung der ungarischen Ehegesetzgebung war doch nicht länger zu umgehen.“ Damit nimmt das Wiener Auswärtige Amt nunmehr offen Stellung für die Zivilehe.

Frankreich.

42,000 Pilger fanden sich am 14. Mai, am ersten Tage eines zweiten „echten“ heiligen Rockes, in Reizen ein.

Argentinien.

Sozialistische Presse. In Buenos-Aires ist ein neues sozialistisches Blatt in spanischer Sprache erschienen. Es kommt alle 8 Tage heraus und nennt sich „Tagwacht“.

Lübeck und Umgegend.

Herr v. Riberken-Wächter wird im Herbst seinen Posten als Gesandter bei den Hansestädten und Mecklenburg antreten.

Die zum Neubau der städtischen Markthalle erforderlichen schmiedeeisernen Träger sollen in einem Lose vergeben werden. Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen sind zum Preise von 1,50 Mark bei dem Architekten Julius Grube, Hüßstraße 45, entgegen zu nehmen. Die mit entsprechender Aufschrift versehenen, verschlossenen Preisangebote sind im Steuerbureau, Königstraße Nr. 58, im Zimmer des Steuerinspektors bis zum Sonnabend den 26. Mai 1894, Mittags 12 Uhr, einzureichen und werden im Beisein der etwa erschienenen Bieter geöffnet und verlesen.

Dr. Engel, welcher manchem von der vorjährigen General-Versammlung der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft bekannt sein dürfte, wird am Donnerstag Abend im „Berein zur Förderung des Erwerbs des Lübeck-Büchener Bürgerrechts“ einen Vortrag halten. Am nächstfolgendem Tage findet die General-Versammlung der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft statt, an der auch Herr Dr. Engel als Aktionär theilnehmen wird.

Bier-Boycott. Herr Sachau, Hartengrube 11, macht uns die Mittheilung, daß er Lübeck'sches Bier jetzt nicht mehr führt.

Schuhmacher, freut Euch! Ein Amerikaner soll eine auf der Weltausstellung in Chicago großes Aufsehen hervorgerufene „Zwickmaschine“ erfunden haben, die fünfzehn Mann erlegt und in der Schuhmacherei eine neue Umwälzung herbeiführen dürfte.

Gegen das Heuer- und Schlafbaaswesen. Aus Holland wird geschrieben: Im Hafen von Rotterdam findet seit Jahr und Tag im Schooße der Seemannschen Bevölkerung eine Bewegung statt, welche über diesen Hafen hinaus Interesse in Anspruch nehmen darf. Diese Bewegung hat die Gewinnung engeren Anschlusses für die Seeleute unter einander zum Gegenstande. Dieser Zweck soll erreicht werden durch einen „Bund der Seeleute“, welcher in Rotterdam gegründet worden und welcher versucht, auch in anderen niederländischen Häfen und Plätzen Zweigvereine ins Leben zu rufen.“ In Rotterdam zählt der Bund bereits 900 Mitglieder. Neben einigen anderen Aufgaben wie Versicherung der Seeleute, Fürsorge für anständigere Vergnügen und bildende Unterhaltung, welche für Deutschland nichts Neues sind, bildet namentlich die Umgestaltung des Anwerbewesens für den Dienst

auf den Seeschiffen einen Hauptpunkt in den Bestrebungen des Bundes. Das gegenwärtig übliche Verfahren, wonach das Anwerben im Wesentlichen in der Hand der Schlaf- und Heuerbaas liegt und Schiffsbedienten nur für diejenigen zu haben ist, welche sich bei diesen Schlaf- und Heuerbaas arm gewohnt, gegessen und getrunken haben, ist ein in allen Ländern gleichmäßig empfindliches Uebel. Um die ordentlichen Seeleute von diesen Wucherern zu erlösen, hat der „Bund der Seeleute“ eine sogenannte Seemanns-Börse eingerichtet, welche Angebot und Nachfrage für den Schiffsdienst vermitteln soll. Diese Börse scheint, soweit nach deren bisherigem kurzen Leben zu urtheilen, das Vertrauen sowohl der Seeleute wie der Heuberelen, bezw. Schiffsführer sich erwerben zu sollen. Sie bietet den Vorthell, daß der Dienstsuchende von Seinesgleichen namentlich auch, was bei dem bisherigen Verfahren nicht der Fall war, auf seine Nützlichkeit und Geschicklichkeit für den Dienst geprüft wird. Auf diese Weise werden die ordentlichen Elemente bei der Placierung den Vorzug genießen, während seit diesenigen Seeleute vorzugsweise auf Placierung rechnen dürfen, welche im Hause der Schlaf- und Heuerbaas am verschwenderischsten und am Aderlichsten mit ihrem Hab und Gut umgegangen sind. Die Heuber und Schiffskapitäne werden gleichmäßig davon Vorthell haben.“ — Auch für unsere Häfen wäre eine Reform des Seefahrtswesens nach dieser Richtung hin gewiß nothwendig und für alle Theilnehmende von Vorthell, und daher die Annahme einer solchen, ganz besonders von Seiten der Seeleute, nur zu wünschen.

Ueber die Ausbreitung der Diphtherie und ihren ansteckenden Charakter macht die Ab. Corresp. an der Hand einer statistischen Mittheilung folgende, aus medizinischen Kreisen stammende, allgemein interessirende Bemerkungen: „Es mehren sich die Beobachtungen und Thatsachen, die bestätigen, daß Diphtherie eine ansteckende und durch die Luft übertragbare Krankheit und der Ansteckungsstoff ein sehr widerstandsfähiger ist. In den leicht zu übersehenden kleineren Ortschaften lassen derartige Beobachtungen sich leichter feststellen als in den Städten mit ausgedehntem Verkehr. So konnte durch den Bezirksarzt in Vonnord, in welchem Orte eine ziemlich beschränkte Epidemie (32 Erkrankungen und 4 Todesfälle) stattfand, berichtet werden, daß die Epidemie ihren Ausgang nahm mit der Erkrankung eines 14jährigen Knaben einer Familie die sehr unreinlich ist und in der vor 4 Monaten ein einzelner Diphtheriesfall vorgekommen. Bald erkrankten noch drei weitere dem erkrankten Knaben gleichalterige und in der Schule benachbarte Schüler, so daß die Schule geschlossen und gründlich desinfiziert werden mußte. Ende Februar verbreitete sich dann die Diphtherie von dem zweiten Stock, wo die erstbesagte Familie wohnte, in den ersten Stock in die Mitglieder einer ebenfalls sehr unrein und indolent lebenden Familie. Anfang März erkrankten die Kinder des Gefangenwärters an dieser Krankheit, mit Schluß des Monats wurde auch ein wenige Tage vorher eingebrachter Gefangener befallen. Am 23. Januar wurde ein sehr leicht von Diphtherie befallenes Dienstmädchen in einem Zimmer des Spitals untergebracht und schon nach wenigen Tagen als genesen entlassen. Das betreffende Zimmer wurde dann aufs gründlichste Ausgereinigt und desinfiziert, auch mit geöffneten Fenstern drei Wochen lang leer gelassen. Wieder dann mit Kranken belegt, erkrankte darin eine schon lange im Spital befindliche Kranke am 20. März an Diphtherie und zehn Tage später zwei Dienstmädchen des Spitals. Anfang Februar war ein auf einem abgelegenen Hofe wohnender Knabe an Diphtherie erkrankt gewesen, wahrscheinlich von Stühlungen her infiziert, wo seine Familie viel verkehrte; erst nach voller Genesung und Reinigung besuchte er Mitte März die Schule wieder und acht Tage darauf erkrankte dann sein neben ihm sitzender Mitschüler an Diphtherie.“ Die betreffende Medizinalbehörde zieht hieraus den Schluß, daß die Diphtherie eine Schut- und Wohnungs-Krankheit ist und daß die fürwzuziehenden Maßregeln sich neben der Isolierung jedes Krankheitsfalles auch auf umfassende und eingreifende Reinigungs- und Desinfektions-Maßregeln erstrecken müssen.

Museum. Dem hiesigen Museum wurde von einigen Kunstfreunden ein Abguss des Thorwaldsen'schen Kunstwerkes „Merkur im Begriffe den Argus zu tödten“ gestiftet. Ein diesbezüglicher Auftrag wurde der Verwaltung des Thorwaldsenmuseums übermittelt.

Auf Postkarten-Nachnahmen, welche noch selten von Publikum und Handelsstände angewandt werden, macht der „L. Anz.“ aufmerksam. Das Blatt findet die Erklärung dafür nur in der Neuheit und Unbekanntheit mit der Sache. Die Post hat damit ein Mittel gegeben, wodurch das Eingehen von Forderungen billiger und viel einfacher sich gestalten läßt, als bisher. Während z. B. ein Postauftrag das bekannte Formular, eine Quittung sowie einen Briefumschlag erfordert, besteht bei Postkarten-Nachnahmen (eine gewöhnliche Postkarte wird verwandt) die Schreibarbeit nur in der Aufserlegung der Adresse, sowie des Wortes „Nachnahme“ (Betrag in Ziffern und Buchstaben) auf der Vorderseite, während auf der Rückseite der Rechnungsposten spezifiziert werden kann. An Porto-kosten entstehen nur 15 Pfg.

Benzin wird bekanntlich vielfach zur Reinigung der Kleider, Handschuhe u. s. w. verwendet. Die große Gefahr, die für jeden bei offenem Lichte oder einem geheizten Ofen damit Handtrocknen besteht, ist aber immer noch nicht genügend bekannt, weshalb es Sanitätsrath Dr. R. Hünicke für angezeigt hält, im Monatsblatt für öffentliche Gesundheitspflege“ einen Fall mitzutheilen, welcher beweist, daß in einem offenen Gefäß stehendes Benzin sich auch dann entzünden kann, wenn es nicht direkt mit Feuer in Verbindung kommt. Im vorliegenden Falle hatte ein Dienstmädchen Handschuhe, welche sie zu diesem Zwecke angezogen, mit Benzin, das sich in einer offenen Schale, aber einen Meter von der Petroleumlampe entfernt befand, abgerieben. Plötzlich schlugen zwei große Flammen auf, dem Mädchen brannten die Handschuhe an den Händen, wodurch letztere vollständig verstimmt wurden. Das Unglück ist in diesem Falle demnach dadurch entstanden, daß aus offenstehendem Benzin und den mit letzterem getränkten Handschuhen sich, binnen wenigen Minuten so viel brennbares Gas entwickelt hat, daß sich letzteres an der Lampe entzündete und die einen Meter davon entfernten mit Handschuhen bedeckten Hände in Brand setzen konnte.

Straßenbahn. Vor einigen Tagen trat hier das Gerücht auf, daß die Straßenbahn von der Berliner Gesellschaft an einige hiesige Herrn verkauft sei. Bis jetzt hat jedoch dieses Gerücht noch keine Bestätigung gefunden. Auf der Holtenthorlinie fanden gestern Probefahrten statt, welche bis nach Fackenburg ausgedehnt wurden. Wann der elektrische Betrieb für diese Linie eingeführt wird, steht noch nicht fest.

Die schlechten Zeiten machen auch ihren Einfluß auf das Wirthsgewerbe geltend. Die Restaurationen zur „Volkschlucht“ und „Zur goldenen Krone“ sind im Wege der Zwangsversteigerung an neue Besitzer übergegangen. Auch das Nothfische Etablissement kommt heute zum zweiten Male zum Aufgebot.

Ein kleines Fräulein. Der Sohn eines Maurer- und Zimmermeisters in Seestermünde entwendete seinem Vater das Bankbuch, holte sich darauf 1200 Mark und wurde bald darauf flüchtig. In einer Lübecker Gastwirthschaft wurde er in Begleitung eines Freundes angetroffen und festgenommen. In seinem Portmonnaie befanden sich noch 937 Mark. Für das übrige Geld hatte er sich

eine goldene Uhr nebst Kette sowie mehrere goldene Ringe gekauft.

Wilhelm-Theater. Aus dem Theaterbureau ging uns gestern während des Druckes unserer Zeitung die Nachricht zu, daß heute Abend die Wiederholung der Posse „Goldhuch“ stattfindet, welche am letzten Sonntag so großartigen Erfolg hatte. Heute wird noch flüchtig für die Novität „Der Senator“ geprobt, damit sie nach allen Regeln der Kunst das Lampenlicht hier erblickt.

Strafkammer. Eines großen Vertrauensbruchs haben sich die Dienstmägdle Sch. und K. schuldig gemacht. Sie haben ihrer Herrschaft wiederholt Geld entwendet. Während sie bei dem ersten Diebstahl, welcher eine Summe von 20 Mk. ausmachte, den Schlüssel zum Geldkasten voranden, wurde für drei weitere im Betrage von insgesammt 80 Mk. ein Schlüssel zu dem Kasten gemacht. Die Angeklagten haben sich für das Geld selber machen lassen und Toiletten-Gegenstände gekauft. Es wurden noch ca. 20 Mk. bei den Angeklagten vorgefunden. Beide Angeklagte sind der That geständig und suchen gegenständig die Hauptschuld von sich abzuwälzen. Jedoch ließ sich heraus, daß die Sch., welche schon vorbestraft ist, die größte Schuld trägt. Der Staatsanwalt beantragt daher für die Sch. eine Gefängnißstrafe von 1 Jahr 6 Monat, dagegen für die K. eine solche von einem Jahr. Das Gericht erkennt für die Sch. auf 1 Jahr, für die K. 6 Monate Gefängniß. Gleichzeitig werden die Angeklagten in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. — Einem Einbruch diebstahls haben sich der Kaufmann F. und der Arbeiter J. schuldig gemacht. F. der schon sehr viel wegen Diebstahls und Führung eines falschen Namens in verschiedenen Fällen vorbestraft ist, hat auf der Reise in Scharbeug zwei vollene und eine Steppdecke aus einer leerstehenden Villa entwendet und diese Sachen in Albeck für 12 Mark 50 Pf. verkauft. Dann nahm er sich von der Herberge zur Heimath den F. zur Hilfe mit; beide fuhren nun nach Bausdorf und gingen nach Scharbeug, um noch weitere Sachen dort zu holen. Beide Angeklagte sind geständig, die That vollführt zu haben, nur giebt F. nicht zu, mit einem gewissen Westphal, welcher verschiedene Mal wegen Diebstahls bestraft ist, identisch zu sein; während J. behauptet, daß ihm F. erst von seinem Vorhaben auf dem Wege von Bausdorf nach Scharbeug unterrichtet habe. Der Staatsanwalt beantragt für F., weil er ihn mit dem W. identisch hält, in Anbetracht der Vorstrafen eine Zuchthausstrafe von 7 Jahren, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre und Zuerkennung der Polizeiaufsicht. Für J. dagegen, welcher als der Beführte anzusehen sei, hält der Staatsanwalt eine Gefängnißstrafe von 6 Monaten angemessen, wovon jedoch für die Untersuchungshaft, welche durch die Feststellung der Persönlichkeit des F. in die Länge gezogen sei, etwas in Abrechnung zu bringen ist. Der Verteidiger der Angeklagten hält in beiden Fällen die Strafe für zu hoch gegriffen. Das Gericht erkennt für F. auf 4 Jahre Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 4 Jahre und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. J. wird in eine Gefängnißstrafe von 6 Monat, wovon 2 Monat für die Untersuchungshaft abgerechnet werden, verurtheilt. Beide Angeklagte haben die Kosten des Verfahrens zu tragen. — Verschiedene Schmuckstücke und einige Kleidungsstücke hat die schon mehrfach wegen Diebstahls vorbestrafte K. einem Kochlehrling und einem mit ihr bei denselben Herrschaften dienenden Mädchen entwendet. Die Angeklagte hatte, da sie bei ihrer Umkleung keine Papiere vorzeigen konnte, außerdem auch noch eine in Schwerin über sie verhängte Zuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monat zu verbüßen, den Dienst verlassen und die angeführten Gegenstände mitgenommen. Die Angeklagte giebt zu, die Sachen entwendet zu haben, und wird einschließend der noch zu verbüßenden Zuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monat in eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren verurtheilt. — Ein gepaartes Verhältniß hatte sich zwischen dem Pächter Sch. von Lehtkamp und dem dortigen Gefangenwärter gebildet. Entstanden war dasselbe dadurch, daß Sch. dem Gefangenwärter T. eine Fuhrre Kapselstroh verweigerte. T. hatte sich nun an P. in seiner antilichen Eigenschaft durch Melbungen und Anfeindungen, die gegenüber anderen Hufnern nicht stattfanden, zu rächen versucht. Sch. machte deshalb zur Wahrung seiner Interessen eine Eingabe an die Großherzogliche Regierung und wurde vom Schöffengericht wegen einer angeblich in derselben enthaltenen Beleidigung zu 10 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Gegen dieses Urtheil hat Sch. Berufung eingelegt und hebt das Landgericht die Strafe des Schöffengerichts auf, da eine Beleidigung in dem Schreiben nicht gefunden wird. — Wegen Entziehung der Militärsippenliste durch unerlaubte Auswanderung wird gegen 10 Personen auf eine Geldstrafe von je 160 Mark oder 1 Monat Gefängniß erkannt.

Krempelsdorf. Gemeindeversammlung. Am 6. Mai fand hier eine Gemeindeversammlung statt; an dem ersten Punkt der Tagesordnung stand: Schulangelegenheit. Das auf Wilhelmshöhe neu erbaute Schulhaus hat sich nämlich als viel zu klein erwiesen. Die Schulbehörde sieht sich mithin genöthigt in Krempelsdorf ein zweites zu bauen, und fordert daher in einigen diesbezüglichen Punkten die Zustimmung der Gemeinde, welche auch von der Versammlung ertheilt wurde. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Vorstand bekannt, daß von Seiten der Aufsichtsbehörde ein Schreiben eingegangen sei, welches die Gemeinde aufforderte, darauf hinzuwirken, daß sämtliche in der Land- und Forstwirthschaft beschäftigten Arbeiter in der Krankenkasse aufgenommen würden. Hierüber geriethen aber die Herren Grundbesitzer welche Leute halten, in große Aufregung, und kamen schließlich zu dem Schluß, „so lange es noch kein Gesetz ist“, zahlten wir keinen Pfennig für unsere Leute. Eine nette Arbeiterfreundlichkeit das! Von Seiten der Arbeiter wurde nun der Antrag eingebracht, man möge dem Schreiben beistimmen und die Leute versichern. Da nun aber der Gemeindevorsteher fürchtete, daß der Antrag der Arbeiter die Majorität erhalten würde, machte er bekannt, daß er über diesen Antrag nicht abstimmen lassen würde, da die Angelegenheit nicht auf der Tagesordnung (Krempelsdorf) gestanden habe. Die Versammlung ging also für diesmal genossenschaftlich auseinander. Am 20. Mai fand nun die Krankenkassenangelegenheit abermals auf der Tagesordnung. In dieser Versammlung kamen aber die Arbeiter noch besser weg, als wie bei der ersten; es wurde ihnen nämlich gesagt, daß diejenigen, welche keinen Grund und Boden in Krempelsdorf hätten auch an der Abstimmung nicht theilzunehmen dürften. Zu den Gemeindefällen und Unkosten zwar muß Jeder mit beitragen. Das ist doch deutlich genug, Arbeiter von Krempelsdorf Pflichten habt Ihr genug, aber Rechte giebt's nicht. Endlich wurde dann die Abstimmung vorgenommen, und stimmten die Herren „vom Grund und Boden“ mit großer Majorität gegen die Aufforderung des Stadt- und Landamtes. Wir sind neugierig, was die Aufsichtsbehörde dazu sagen wird.

Schwartau. In unserem Armenhaus herrschen sehr gute Zustände. Am 2. Pfingstfesttag kam ein Arbeiter am Armenhause vorüber, aus welchem ein großer Lärm ertönte; als er ins Fenster schaute, sah er, wie eine Frau E. mit einem Knäuel eine andere Frau M., welche im Bette lag, ganz furchtbar durchbläute. Wirthener nicht begreifen, daß so etwas noch vorkommt, und bitten mehrere Bürger um Aufklärung. Hier passen auch die schönen Worte aus dem Gedicht: „Wer nur den lieben Gott läßt walten, und zahlt Steuern alle Zeit, den wird er wunderbar erhalten, in aller Noth und Dürre.“ Bürger! Arbeiter! Schwartau's holt, aus dem Vorstehenden, könnt Ihr wieder erkennen, wenn Ihr soltet das „Glück“ haben, dieses Institut auf Eure alten Tage „behütet“ zu können; denn Ihr werdet nicht allein auf einen Armenwagen (Wistwagen) zur letzten Ruhe geleitet, trotzdem ein Gemeindefeldwagen vorhanden ist, sondern Ihr könnt auch noch obige Kur durchmachen.

Am 1. Pfingstfesttag unternahm die Maurer und Zimmerer von Schwartau und Umgebung eine gewerkschaftliche Agitationstour nach Rendsburg a. d. Ostsee. Das Lokal war freigegeben seitens der Wirtin W. Dortmund, wofür die Versammlung stattfinden sollte, nachdem sie bei der Regierung angemeldet war. Die Rechnung war aber ohne den Wirt gemacht, denn als die Gewerkschafter erschienen, sagte der Wirt Dortmund, daß sie an ihm vorbeigegangen wären und seine Frau hätte nichts zu sagen. Dennoch fanden selbige eine Unterkunft, nur konnten nicht alle Geschäfte erledigt werden. Zimmerer und Maurer von Rendsburg und Umgebung, kommt Mann für Mann zu unseren Versammlungen! Ihr seht, wie Dortmund uns den Stuhl vor die Thür gesetzt hat, und die Genossen, welche bei W. Dortmund verkehren, mögen es sich merken. Die Genossen von Schwartau und Rensfeld.

Lauenburg. Beim Baden in der Elbe ertrank gestern Abend ein hier arbeitender Schlossergefelle. Derselbe hatte sich, trotzdem er des Schwimmens unkundig war, in das tiefe Wasser an der dicht unterhalb der Eisenbahnbrücke liegenden Buhne gewagt und war sofort untergesunken. Zwar wurden von einem Mitbadenden Rettungsversuche unternommen, doch gelangen dieselben nicht, da der Betreffende hierbei selbst in große Lebensgefahr geriet.

Bankendorf. Wenn ab und zu einmal ein Kassirer durchbrennt, so ist es nicht auffällig, denn namentlich in den besseren Ständen sind solche Vorkommnisse auf der Tagesordnung. Wenn es aber so weit kommt, daß auch auf dem Lande diese Ausgeburten sich bemerkbar machen, so ist es ein trauriges Zeichen der Zeitverhältnisse. Ein Exempel von Beispiel liefert der Meiereibesitzer S. in Duvenstedt bei Rendsburg. Der Mann zog es vor, mit der Kasse der Meierei zu verduften, und das Vertrauen, welches man demselben entgegenbrachte mit Füssen zu treten. Uebrigens scheint die Absicht des Durchbrenners bekannt gewesen zu sein, denn die Einwohner stellten sogar Morgens Wachen auf, um den Vogel vor dem

Entweichen zu erfassen, was aber mißglückte. Zum Glück wurden die Geschädigten durch die Beschlagnahme von Mobilien des mehrerlichen Meieristen zum Theil gedeckt.

Neueste Nachrichten.

Europa im Zeichen des Abypens. In Paris und Spanien wurden Anarchisten geköpft. Paris. Die Hinrichtung Henrys hat gestern früh 4 Uhr 20 Min. bei Sonnenanfang stattgefunden. Ein besonderer Zwischenfall ist nicht vorgekommen. Henry blieb bis zum letzten Augenblick ruhig und bewahrte eine cynische Haltung bis zum Ende. Sein letzter Ruf war: „Muth, Kameraden, es lebe die Anarchie!“

Madrid. Der Ministerpräsident Sagasta und der Kriegsminister haben den republikanischen Abgeordneten, die für die 6 zum Tode verurtheilten Anarchisten um Begnadigung nachsuchten, geantwortet, daß sie nicht in der Lage seien, der Königin einen dahin gehenden Vorschlag zu machen, da sie einen solchen in nichts für gerechtfertigt erachteten.

Der Staatsstreich in Serbien. Milan hat es gewagt, die serbische Verfassung vom 22. Dezember 1888 aufzuheben. In einer Proclamation, welche die Unterschrift des Königs Alexander trägt, werden die „Uebelstände der Verfassung gebrandmarkt“ und die Verfassung vom 22. Dezember 1888 aufgehoben. Der Würfel ist gefallen; aber auch die Familie Milan wird — verschwinden.

Bermischtes.

Cholera. Aus Thoren wird gemeldet: In Neu-Markt ist die Nachricht eingetroffen, daß im Dorfe Waldeck, Kreis Löhau, ein choleraartiger Fall vorgekommen sei.

Die Exkremente seien zur Untersuchung nach Berlin gesandt. Alle Vorsichtsmaßregeln wurden getroffen. Eine Extraausgabe des Kreisblattes veröffentlicht Vorsichtsmaßregeln.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

| Angelommen: | |
|------------------------|---|
| Montag, den 21. Mai. | |
| 10,10 U. N. | D. Neva, Krellenberg, von St. Petersburg in 86 Std. |
| 10,30 U. N. | B. Gulba, Svenson, von Pataholm in 5 Tg. |
| 12,15 U. N. | Catharina, Schönbring, von Kalmar in 4 Tg. |
| 2,30 U. N. | D. Uvland, Ohlson, von Niga in 50 Std. |
| 3,45 U. N. | R. Christoph, Kruff, von Nyenade in 1 Tg. |
| 4,40 U. N. | D. Linnea, Nyberg, von Neval in 49 Std. |
| Dienstag, den 22. Mai. | |
| 3,50 U. N. | D. Palmstad, Lundin, von Kopenhagen in 12 Std. |
| 4,15 U. N. | D. Afrika, Andersen, von Kotta in 8 1/2 Tg. |
| 4,45 U. N. | D. Gauthiod, Rydell, von Stockholm in 42 Std. |
| 7,— U. N. | Echo, Nyman, von Nykarleby in 11 Tg. |
| 7,— U. N. | Anna Christine, Koch, von Gubanes in 3 Tg. |
| 9,30 U. N. | D. Adler, Fischer, von Wismar in 8 1/2 Std. |

| Abgegangen: | |
|--|--|
| Montag, den 21. Mai. | |
| 11,30 U. N. | B. Julia, Vinse, nach Danzig. |
| 3,25 U. N. | D. Bröven, Rasmussen, nach Landskrona. |
| 7,15 U. N. | D. Halland, Peterson, nach Kopenhagen. |
| 7,45 U. N. | D. Vore, Vestov, nach Stockholm. |
| Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,43 u. ND., wäßig. | |

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Alpha ist am 19. d. M. in Geste angekommen.
 D. Gauthiod ist am 21. d. M. von Kalmar auf hier abgegangen.
 D. Kolga ist am 20. d. M. in Stockholm angekommen.
 D. Iris ist am 20. d. M. von Rüssö auf hier abgegangen.
 D. Svithiod ist am 21. d. M. in Stockholm angekommen.
 D. Kant ist am 20. d. M. von Königsberg auf hier abgegangen.
 D. Deutschland ist am 21. d. M. in Niga angekommen.
 D. Bineta ist am 21. in d. M. Königsberg angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.

Gestern Abend 5 1/2 Uhr starb nach langen schweren Leiden unser kleiner **Willy** im zarten Alter von 10 Monaten; tief betrauert von seinen Eltern und Allen, die ihm nahe standen.
 Lübeck, 19. Mai 1894.
Anderson und Frau, geb. **Kobbe**.

Stellen-Angebote.

Gesucht zum 1. Juni: Eine allein-stehende Frau oder ein älteres Mädchen; dieselbe muß bürgerlich kochen können. Lohn 70 Thaler und Trinkgeld.
 Näheres Clemensvierte 8.

Geld-Gesuche u. Angebote.

Gesucht zum 1. Juli: 1600 Mk. zu 4 pCt. nach 3000 Mk. Brandkasse 6650 Mk. Offerten unter C. 25 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Zu vermieten.

Zum 1. Juli:
3 1. Etage Johannisstraße 63.
 Zum 1. Juli: Die 2. Etage, 3 Zimmer und Zubehör. Preis 170 Mk. Ludwigstr. 10
 Zum 1. Juli: Eine Stube.
 Marlesgrube 55/9.
 Gutes Logis für 2 junge Leute mit oder ohne Kost; Krausestraße 8, Holstenhof.

Vergnügungen.

Sonntag, den 27. Mai: **Letzte Vorstellung.**
Circus Corty-Althoff
 Lübeck, Circus Reiterkrug.
 Mittwoch, 23. Mai:
2 große Vorstellungen.
 Nachmittags 4 Uhr: Letzte Extra-Kinder-Vorstellung zum allgemeinen Eintrittspreise von 20 Pfennigen auf allen Plätzen. Erwachsene zahlen denselben Eintrittspreis.
 2. Vorstellung: Abends 8 Uhr.
Gr. Preis-Ringkampf
 zwischen dem Meisterschaftsringler u. Boyer von Europa, Herrn **H. Niemann** aus Hamburg u. d. Schlächter Hrn **Richard Zirbs**, Mitglied des hies. Athleten-Clubs „Zur deutschen Kraft“.
Vorlehtes Gastspiel des
Mr. Delevare
 mit seinem weltber.
borenden Säugruh.
 Auftreten des gesamten Künstlerpersonals.
 Morgen Donnerstag, 8 Uhr:
Gala-Benefiz-Vorstellung
 für die großartigen Lustigmittel
Gehr. Hugosset.
 Wiederauftreten der Benefizianten.

Wilhelm-Theater.

— Fernsprecher 373. —
 Mittwoch den 23. Mai:
Größter Erfolg der Saison!
Der Herr Senator
 Lustspiel in 3 Akten von Schönthan und Kadelburg.
 Anfang 7 Uhr.

Quartett-Verein „Luba“

Musikzug nach Mölln
 am Sonntag den 10. Juni.
 Abfahrt Mittags 1 Uhr 32 Minuten.
 Abfahrt von Mölln 10 Uhr 17 Minuten.
 12 1/2 Uhr Mittags: Sammeln der Festtheilnehmer bei H. Radau, Hundestr. 14.
 Unterschriften nimmt entgegen G. Richter, Fleischhauerstraße 15, sowie sämtliche Vorstandsmitglieder.
Musik von der Vereins-Capelle.
 Fahr-Billette für Nicht-Mitglieder 1 Mk. 50 Pf.
 Der Vorstand.

Tivoli, Lübeck.

Mittwoch den 23. Mai 1894,
 Nachm. 5 Uhr:
Großes Concert,
 Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
 u. a.:
Der Trompeter aus Säckingen.
 Fosse mit Gesang in 1 Akt.
Täglich neues Programm.
 Eintrittspreise an Wochentagen:
 a Person 30 Pf., Kinder 15 Pf., Reservirter Platz 50 Pf., Fremdenloge 1 Mk.
 Eintrittspreise an Sonntagen:
 a Person 50 Pf., Kinder 20 Pf., Reservirter Platz 75 Pf., Fremdenloge 1 Mk.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Versammlung
 am Mittwoch den 23. Mai, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Leecke.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Fragekasten. 3. Verschiedenes.
 Die Lokal-Verwaltung.

Geschäfts-Anzeigen.

●● **Ameisen-Eier** ●●
 bestes Futter für Goldfische.
 Farben u. Drogen.
Breitestr. 81. Ferd. Kayser.
Stattenlatwerge in Dos. a 50 Pf. u. 1,00 Mk. Siftweizen, empfiehlt **C. F. Alm, Drogist,** Holstenstraße 18 u. Moislinger Allee 6a
Kartätschen, Striegel, Reithen in großer Auswahl billigst bei **Obertrave 8. Ludw. Hartwig.**

Ausverkauf
 von Herren-, Damen- und Kinder-Fußzeug zu bedeutend herabgesetzten Preisen, wegen Aufgabe des Ladengeschäfts,
J. H. Burmeister,
 Hafenstraße 8, b. Nordischen Hof.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
H. Meierei-Butter,
 täglich frisch,
 per Pfund 1 Mark,
 wie sämtliche Sorten
 Käse u. Fleischwaren
 in bester Qualität, empfiehlt
Willy Buchholtz,
 10b Fackenburg Allee 10b.
 XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Hochfeine Bronzen für den Haushalt zum Bronzieren aller Gegenstände aus Metall, Gips, Holz u. Pappe rc.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.

Vom heutigen Tage ab verkaufe ich sämtliche **garnirten Damen- und Kinderhüte** zu so colossal billigen Preisen, daß keine Concurrenz auch nur annähernd im Stande ist, hiermit Schritt zu halten!
Arthur Mansfeld,
 12 Holstenstraße 12.

Durch Zufall: Eine Partie **seine frische Meiereibutter** pr. Pfund nur 90 Pfg. empfiehlt **C. Ohlert, Königstr. 123.**
Frische grosse Eier, 13 Stück 60 Pfennige, 27 Stück 1,20 Mark.
1a. feinste Margarine, a Pfd. 80 Pfg., bei mehreren Pfunden billiger.
B. GIFFHORN, Beckergrube 17.

TAPETEN
 große Auswahl, billigste Preise.
E. L. Schwartz, Regidienstr. 37.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
H. Margarine. A. L. Mohr
 anerkannt die beste
 1 Pfd. 80 Pfg., 2 Pfd. 1 Mk. 50.
Willy Buchholtz,
 10b Lübeck, Fackenburg Allee 10b.
 XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Bratenschmalz
 pr. Pfd. 50 u. 60 Pf.
 empfiehlt
Aug. Scheere,
 Holstenstraße 27.

Arbeiter!
 Haltet den Beschluß der Volksversammlung hoch!
 Beweist den Brauereu-Cure
Solidarität!
Trinkt kein Lück'sches Bier!
 Steht den Brauereu im Kampfe bei!
 Die Brauer-Commission.

Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Berlin, 18. Mai 1894.

(Fortsetzung der Vormittags-Sitzung.)

Namens der deutschen Delegation erklärt

Brodam, daß die Deutschen die gesetzliche Fixierung des „living wage“ fordern. Wenn es der gewerkschaftlichen Organisation gelingt, höhere Löhne durchzusetzen, so werden sie den Bergleuten, wenn die Kohlenpreise sinken, wieder vor der Nase weggenommen. Wünschenswertes müßte beschlossen und deshalb gefordert werden, daß das Gesetz diesem Unfug der Unternehmer ein Ende mache. Die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Reichstage habe in ihrem Arbeiterschutzgesetzantrage auch den Minimallohn gefordert. Gegenwärtig stehe der Durchschnittslohn für den deutschen Bergarbeiter etwas höher als M. 3. Da könnten natürlich nicht M. 6, wie in England, als Minimallohn gefordert werden. Aber an der gesetzlichen Festlegung müsse man festhalten. (Beifall.)

Lamendin ist der Ansicht, daß nur durch Eingreifen der Gesetzgebung ein Lohnminimum festgesetzt werden könne. In der Resolution der Engländer seien aber durchaus keine Garantien enthalten. Wie sehr er also auch der guten Absicht der Engländer danke, so sei ohne das Amendement der Deutschen die Resolution unannehmbar.

Der Zusatzantrag Brodam hat folgende Fassung:

„Der Kongress fordert, daß in jedem Lande das Lohnminimum gesetzlich festgelegt werde.“

Es wird Schluß der Debatte beschlossen. Bei der Abstimmung über das Amendement stimmen die Engländer dagegen, die Deutschen, Franzosen und Belgier dafür. Nach der Geschäftsordnung gilt ein Antrag für angenommen, wenn die Majorität der Mandatgeber sich dafür ausspricht. Es sind also dagegen 645 000 Engländer, 462 300 der übrigen Nationen, das Amendement ist also abgelehnt. (Protestrufe der Deutschen, Belgier und Franzosen.) Bei der Abstimmung über die Resolution ohne das Amendement: Die Engländer, mit Ausnahme der Delegierten für Durham und Northumberland (120 000 Mandatgeber), die sich der Abstimmung enthalten, stimmen dafür, d. h. 525 000 Mandatgeber. Dagegen stimmen 462 300 deutsche, französische, belgische und österreichische Mandatgeber. Die Resolution ist also mit einer Majorität von 62 700 Stimmen vertretener Bergleute angenommen.

Schluß der Vormittags-Sitzung 12 1/2 Uhr.

In der Nachmittags-Sitzung steht Punkt 5: „Ueberproduktion und was von internationaler Seite geschehen muß, um dieselbe zu verhindern“, auf der Tagesordnung; dazu liegt folgende Resolution der Belgier und Franzosen vor:

„In Anbetracht dessen, daß die Ueberproduktion die erste Ursache der beklagenswerthen Lage der Bergarbeiter ist, daß sie ebenso gegen ihre Interessen als gegen die der Unternehmer verstößt;

in Anbetracht dessen, daß es dringend geboten ist, dem ein Ende zu machen, indem man die Produktion regelt, d. h. sie den Bedürfnissen der Konsumenten durch internationale Verständigung anpaßt;

in Anbetracht dessen, daß, um die erzielten Resultate zu überwachen und aufrecht zu erhalten, die Organisation eines internationalen Arbeiterkomites in Kraft tritt;

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

(36. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Scht Ihr, wie recht wir gethan haben, sagte der Brodjak, indem er sich gemächlich neben dem jungen Schriftsteller ausstreckte. Ja, ja, ich weiß schon. 300 Personen haben in einem solchen Hundeloch, Etappe genannt, kaum Raum, und 600 und 800, wenn nicht mehr, stopft man hinein. Da gilt es, schnell zu sein, wenn man überhaupt unterkommen will. Jeder erfahrene Brodjak weiß das auch, Herr, daher der Sturm auf das Haus.“

Aber wo schlafen denn diejenigen, die keinen Raum auf der Britsche gefunden haben?

Jrgendwo — dem Erfindungsgeist sind keine Schranken gestellt. Da seht Ihr, wie sie schon hereinbrechen. Puh, machen sie enttäuschte Gesichter, weil sie die Löcher schon von Mäusen besetzt finden. Da legt man sich neben und unter die Britsche, auf den Fußboden, wohin es eben geht.

Auf diesen Boden? meinte Felix mit einem Ausdruck des Ekels, indem er auf die von Schmutz starrenden Dielen wies.

Der Alte nickte.

Mit der Reinlichkeit nimmt man's hier eben nicht genau, sagte er, indem er die Reste seines Mittagmahles aus der Tasche zog. Wartet nur, Herr, Ihr werdet noch ganz andere Dinge erleben in den Etappen da hinten. Und bald seid Ihr selber wie das Pflaster auch, denn man geht sparsam um mit der Wäsche, und wenn Euch erst das Hemd in Fetzen vom Leibe fällt —

Ja, guter Alter, ich glaube wohl, daß wir hier noch

so erklärt der Kongress, daß es durchaus nothwendig ist, sich ohne Högern auf den von E. Lewy angegebenen Weg zu begeben. Callwaert. Marville. Lamendin.“

Nach einer kurzen Bestätigung der Resolution durch Marville, setzt Callwaert die Vorschläge Lewys zur Verhinderung der Ueberproduktion auseinander. Das Lewys'sche Projekt zerfällt kurz zusammengefaßt in zwei Theile. Im ersten Theile wird auseinandergesetzt, wie es möglich sei, die Löhne in kurzer Zeit zu erhöhen, im zweiten, wie sich diese hohen Löhne aufrecht erhalten lassen. Zum ersten Zwecke ist eine Reduktion der Produktion durch internationale Verständigung der Bergarbeiter aller Kohlen produzierenden Länder geboten. Es darf nur bis zur Höhe der jährlichen Konsumtion produziert werden. Die Ansammlung kolossaler Kohlenlager muß verhindert werden, die den Arbeitern immer, den Unternehmern in manchen Fällen zum Schaden gereichen. Um hierin zu gelangen, muß die Arbeit auf vier oder fünf Tage in der Woche beschränkt werden. Dagegen müssen die Löhne für 5 oder 6 Tage in der Woche bezahlt werden. Das bedeutet eine sofortige Erhöhung der Löhne um 25 pCt. Ferner sollen in einem Zeitraum von 3 Monaten die Löhne um weitere 50 pCt. erhöht werden und zwar 14 Tage nach Annahme des Lewys'schen Vorschlages um 10 pCt., einen Monat später um weitere 10 pCt., nach Verlauf eines zweiten Monats um weitere 10 pCt. und nach abermals einem Monat um die letzten 20 pCt. Aus dem durch höhere Preise erzielten Gewinn sollen 25 pCt. den Arbeitern und 75 pCt. dem Kapital als besondere Dividende zufallen. Außerdem soll der Achtstundentag überall eingeführt werden. In allen denjenigen Kohlenbergwerken, der Welt, die nicht innerhalb acht Tage formell diese von einer internationalen Konferenz der Bergarbeiter beschlossenen Vorschläge angenommen haben, soll der allgemeine Streik ausbrechen. Die Wahl zwischen vier oder fünf Arbeitstagen in der Woche bleibt den einzelnen Ländern je nach dem Stand der Kohlenkonsumtion überlassen. Der Redner schließt diese Schilderungen mit den Worten: Der Tag, wo die Arbeiter unter sich einig sind, um die Produktion zu regeln und sie selbst zu überwachen, wird der Tag sein, wo ihr Lohn sich erhöht, ihre Arbeitszeit sich verkürzt und sie an den hohen Profitten der Grubenbesitzer Theil nehmen. Mögen die Arbeiter der Welt zeigen, daß sie einig sind.

Die deutsche Delegation schlägt folgende Resolution vor:

„Der Kongress erklärt, um der Ueberproduktion zu steuern, ist es zunächst nothwendig, die Arbeitszeit zu verkürzen und den Lohn zu erhöhen, da die Ueberproduktion wesentlich auf Unterkonsumtion zurückzuführen ist. Die ganze Ueberproduktion gänzlich zu beseitigen, ist erst dann möglich, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung in eine dem Gemeinwohl dienende Gesellschaftsordnung umgewandelt ist.“

Bölger aus Dortmund und Möller, Reichstagsabgeordneter, begründen die Resolution. Das Kohlen-syndikat hat die Förderung einmal um 8, jetzt um 12 pCt. eingeschränkt, um der Ueberproduktion zu steuern. Aber bei dieser Einschränkung haben nur die Unternehmer den Vortheil, den Arbeitern dagegen wurde der Lohn beschränkt. Das ist Regelung der Ueberproduktion, aber in rein kapitalistischem Sinne. Der Staat thut nichts dagegen, vermag er aber nicht, hier einzugreifen, so erweise er sich eben als unfähig, den Interessen der Gesamtheit gerecht zu werden, er sei einfach bankrott. Weil wir aber allein alle Lasten zu tragen haben, während die

manches auszustehen haben werden. — Arme Sophia! fügte er leise mit einem Seufzer hinzu.

Durch die dichten Reihen drängte sich jetzt der junge Pole, um noch ein Lager für sich zu erspähen. Er hatte noch den Versuch gemacht, seine Schwester zu sehen, was ihm indessen nicht gelungen war, da sie sofort vom Strom der übrigen mit in die für die Frauen bestimmte Kammer hineingerissen wurde. Ernst und nachdenklich überflog sein Auge die Ruhenden — plötzlich fiel es auf Felix und er näherte sich hastig.

O, mein Freund, redete ihn dieser an, wo sind Sie geblieben? Vergebens versuchte ich einen Augenblick, Ihnen eine Stelle an meiner Seite offen zu halten. Der Strom dieser Rasenden reißt alles nieder.

Gzartorisky lächelte traurig.

Ich danke Ihnen, sagte er in seiner schwermüthigen, ernsten Weise. Ich werde schon noch unterkommen.

Aber wo? warf der alte Verbannte fragend ein. Diese Schlafbänke, Herr, bieten ja nicht eben ein angenehmes Bett, Herr, aber besser als gar keins sind sie denn doch noch. Wißt Ihr was, mir ist's egal, wo ich liege, für einen Kessel Blocthee (ein aus billigen Theeblättern hergestellter Thee, der mit Stielen und Gummi arabicum vermischt und zu harten Kuchen gepreßt wird) sollt Ihr den Platz haben.

Ich möchte Euch nicht berauben, alter Mann.

Ach was, das thun Sie nicht. Sie müssen nämlich wissen — das verschmitzte Lächeln trat auf seinem gutmüthigen Gesicht hervor — wir geriebenen Jungen befehlen uns nur deshalb so sehr, einen guten Platz zu erwischen, um denselben nachher an Euresgleichen zu verschachern. Ich habe das Geschäft wenigstens schon hundert Mal gemacht. Was wollen Sie, man muß alles mitnehmen, wenn man auf dem Transport nicht verhungern will.

Werke entschädigt werden, die die Produktion einschränken, so müssen wir eben dahin wirken, daß die Gesetzgebung eingreift. Nehmen Sie deshalb die deutsche Resolution an. (Beifall.)

Die Engländer beantragen folgende Resolution:

„Der Kongress ist der Ansicht, daß die Ueberproduktion von Kohlen von der Einführung ungelerner Arbeiter in die Bergwerke und der ungeheuren Zunahme der Konkurrenz der Händler untereinander herrührt. Der Kongress kommt deshalb überein, daß alle Nationalitäten jedes zulässige Mittel anwenden sollen, um die Kohlenförderung einzuschränken und mit gesetzlichen Mitteln versuchen sollten, die ungelerten Arbeiter von der Einfahrt in die Bergwerke für die Zukunft abzuhalten.“

Thomas Aspinwall.“

Aspinwall: In einzelnen Punkten befinden wir uns in Uebereinstimmung mit den Resolutionen der Deutschen und Belgier. Unter der Ueberproduktion leiden die Arbeiter aller Länder außerordentlich; sie ist eine der ernstesten Fragen, die die Bergarbeiter beschäftigen können. In vielen Bergwerken Englands beträgt die Arbeitszeit in der Woche nur 3—4 Tage, so sehr ist durch Ueberfüllung der Gruben mit Arbeitern die Arbeit selber eingeschränkt worden. Man leidet nicht nur an einer Ueberproduktion von Konsumtionsmitteln, sondern auch an einer Ueberproduktion an Arbeit. Die Engländer glauben nicht, daß sich der belgische Plan in kurzer Zeit praktisch durchführen läßt. Der Plan läßt sich erst verwirklichen, wenn die in der deutschen Resolution angeordnete Rationalisirung des Grund und Bodens und der Minen durchgeführt ist. Wegen seiner Unklarheit erscheint uns der belgische Plan nicht durchführbar. Die Gruben sind mit Arbeitern überfüllt. In England wird dem Parlament demnächst ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der es verbietet, daß junge Leute, die älter sind, als 18 Jahre, in den Gruben neu angelehrt werden. Nur junge Leute, die unter 18 Jahre sind, sollen neu eintreten dürfen. Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, wird die Ueberfüllung der Gruben mit ungelerten Arbeitern aufhören und die Arbeiter in ihrem Kampfe gegen das Kapital günstiger gestellt sein.

Vor der Abstimmung erklärt der Präsident Wilson, daß eine zweite Resolution der französisch-belgischen Gruppe eingelaufen sei, die aber geschäftsordnungsmäßig, da sie dem Geschäftskomitee nicht vorgelegen habe, nicht zur Abstimmung gestellt werden könne. (Protestrufe der Belgier und Franzosen.) Die Resolution Calvignac lautet:

„Die Frage der Ueberproduktion ist so kompliziert, daß sie auf diesem Kongress nicht behandelt werden kann. Deshalb wird die unmittelbare Ernennung eines Ausschusses von neun Mitgliedern (für jede Nationalität 3) vorgeschlagen, der die Frage prüfen und dem nächsten Kongress Bericht darüber erstatten soll. Dieser Ausschuss soll 6 Monate vor Eröffnung des nächsten Kongresses zusammenzutreten.“

Die englische Delegation stimmt einstimmig gegen die erste belgische Resolution (Projekt Lewy). Die Belgier ziehen ihre erste Resolution zu Gunsten der zweiten zurück. Nunmehr wird über den deutschen Antrag abgestimmt. Die französischen und belgischen Delegierten enthalten sich der Abstimmung. Von den englischen Delegierten enthalten sich der Vertreter von Durham und Northumberland der Abstimmung. Die übrigen stimmen dagegen. Dafür nur die Deutschen und Oesterreicher. Die deutsche Resolution ist mit 292,300 Stimmen der Auftraggeber der Delegierten abgelehnt.

Für die zwanzig Pfennige der Regierung kann man sich nicht halb satt essen.

Damit stand er auf und ließ den Edelmann seine Stelle einnehmen.

Bevor ich mir meinen Thee von den Soldaten kaufe, will ich Euch noch etwas zeigen, äußerte er mit schlauer Miene. (Die Soldaten verkaufen gegen einen durchschnittlichen Preis von 4 Pfennigen den Sträflingen heißes Wasser zur Bereitung des sogenannten Blocthees. Kennau, Sibirien I, 7.) Ihr werdet noch nicht wissen, daß wir auch einen Telegraph in den Etappen haben.

Volkhofski sah ihn erstaunt an.

Passen Sie mal auf, sagte der Alte und warf einen prüfenden Blick auf die Wände der Etappe und sodann auf das Holz der Schlafbänke.

Seht Ihr — er zeigte auf die Mauer — wie das alles beschrieben und beklebt ist.

In der That — die Mauern waren mit Namen, Grüßen, guten Rathschlägen und allen möglichen anderen Aufschriften bedeckt, welche die erfindungsreichen Sträflinge mit den sonderbarsten Instrumenten, bunten Steinen, Farbstüchlein, Scherben oder auch mit den bloßen Nägeln auf die Wand gemalt oder hineingekritzelt hatten.

Volkhofski und der Pole hatten sich erhoben und betrachteten erstaunt diese merkwürdigen Korrespondenzen.

Schon mancher Gefangene fuhr der Greis fort, hat sich da Nachricht und Trost geholt. Ich kann freilich das Geschriebene nicht lesen, aber wir Sträflinge haben unsere eigenen Chiffern, Ihr Herren — hier zum Beispiel.

Er deutete auf einige merkwürdige Zeichen.

Das heißt: Der Isgravnit von Surgut ist ein nichtswürdiger Schinder.

Von Surgut? rief Felix erstaunt. Das ist mein Ort.

Auf die Anfrage eines deutschen Delegierten, wie viel englische Delegierte überhaupt anwesend sind, erklärt der Präsident, daß es ganz gleichgültig sei, durch wie viel Delegierte die Mandatgeber vertreten seien. Die Zahl der vertretenen Bergarbeiter entscheide.

Die Abstimmung über die englische Resolution ergibt ihre Ablehnung durch die Deutschen, Oesterreicher, Franzosen und Belgier. (463 000 Mandatare.) Von den Engländern enthalten sich die Delegierten von Northumberland und Durham der Abstimmung. Die Vertreter von Süd-Wales sind bereits abgereist. Die übrigen englischen Delegierten stimmen dafür. (475 000 Mandatare.) Die englische Resolution ist demnach angenommen.

Protestrufe der Deutschen, Franzosen und Belgier. Der Präsident läßt die Abstimmung über die Resolution Calvignac als der Geschäftsordnung widersprechend, nicht zu.

Sachse-Zwickau: Die Engländer handeln ganz eigenmächtig. Durch ihre Geschäftsordnung sind wir geradezu über's Ohr gehauen worden. Ich konstatiere, das auch die englische Resolution Aspinwall dem Geschäftskomitee nicht vorgelegen hat.

Präsident Wilson: Die Resolution war gedruckt sie ist nach allen Regeln der Geschäftsführung erledigt.

Callwaerts (Belgier): Die Engländer haben in der Regel drei Viertel aller Zeit hier in Anspruch genommen. Wir haben auch unrichtige Uebersetzungen der Worte des Präsidenten veranlaßt, unsere erste Resolution zurückgezogen. Es ist merkwürdig, daß unsere zweite Resolution nicht zur Abstimmung kommen soll.

Präsident Wilson: Dieser mehr scheinbare als wirkliche Zwiespalt wird hoffentlich nicht lange mehr vorhalten. Es ist ein Streit um so unwichtige Dinge, daß er unsere Eintracht nicht stören kann. (Weisfall.) Leider sind die englischen Delegierten gezwungen, heute Abend abzureisen.

Das Wort wird nunmehr dem österreichischen Delegierten Wölfer ertheilt, der folgende Frage an den Kongreß stellt:

Zu Erwägung, daß augenblicklich in Oesterreich viele Tausend Arbeiter streiken und jetzt schon 300 Arbeitslose unterstügt werden müssen, frage ich, wie der Kongreß meine bedrängten Landsleute zu unterstützen gedenkt.

Wölfer (Böhmen): Es ist bereits gesagt, daß die Bergarbeiter-Verhältnisse in Oesterreich die denkbar elendesten sind. 16 Stunden Arbeitszeit sind keine Ausnahmen, die Löhne sind jämmerlich, durch willkürliche Lohnabzüge verringert man sie auf 1 fl. und darunter per Tag. Die Gesetzgebung zeigt sich nicht geneigt, etwas zu thun, die Gewerkschaften sind den Unternehmern gegenüber ohnmächtig. So bleibt uns nichts übrig, als in den Kampf zu gehen.

Wilson als Präsident erklärt, daß ein großer Theil der englischen Delegierten nunmehr den Kongreß verlassen müsse, da die Reisevorbereitung sie dazu zwingen.

Richard schließt sich dieser Erklärung an.

Callwaerts weist darauf hin, daß es die Engländer gewesen seien, welche die Debatten in die Länge gezogen haben.

Wilson: Der österreichische Delegierte müsse sich vorläufig damit begnügen, die Leiden der österreichischen Bergarbeiter hier dargelegt zu haben. Die Engländer werden thun was in ihren Kräften steht, die Oesterreicher zu unterstützen.

Auf Anregung Whitefields richtet Wilson einige freundliche Worte des Abschieds an die Deutschen, Oesterreicher, Franzosen und Belgier. Wenn in letzter Stunde auch ein Mißklang in die Verhandlungen hineingekommen, so würden die Engländer, die dies auf die sprachlichen Miß-

Na, da gratulir' ich Euch, sagte der Brodjaq. Doch nun zum Abendbrod, ich bin gern erbötig, Euch Theewasser mitzubringen.

O ja — Felix sprach seinen Satz nicht zu Ende, denn er las in diesem Augenblicke auf der schmutzigen Mauer einen Namen, der seinen Athem stocken und sein Herz heftig klopfen machte.

Sidorsti — Ueberrächt blickte er näher hin, der Name stand unter einer mühsam mit den Nägeln eingegrabenen, kaum lesbaren Inschrift. Es herrschte ein unsicheres Zwiellicht in der Kammer, das dem Gefangenen nur mit der größten Anstrengung die Entzifferung der undeutlichen, offenbar mit zitternder, ungeübter Hand eingravirten Schriftzeichen gestattete. Endlich gelang sie ihm aber doch und mit tiefer Bewegung haßte eine Thräne aus den Augen wischend, las er folgende Inschrift:

Gott segne meine Kinder! Mein Herz ist bei Euch. Vladimir Sidorsti.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. Dieß Verlag) ist uns soeben die Nr. 10 des 4. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Vor der eigenen Thür lehren. — Die Matzeier. — Agrarische Unversorenheit im Reichstage. — Die Wählungen der Gewerbeordnungs-Kommission auf die Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern. — Familienrat: Die Engländer. Ein Berliner Bittenschild. Von Max Kreyer. — In den Matzeierbrüchen. (Gedicht.) Von H. Klagen. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1894 unter Nr. 2660) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Inseratenpreis: die zweigeipaltene Petitzeile 20 Pf.

verständnisse zurückzuführen, doch immer gern bereit sein, in internationaler Solidarität mit den übrigen Nationen zusammenzuarbeiten.

Zimmermann ruft den schwebenden Engländern ein herzliches Willkommen auf die Reise zu. (Weisfall.) Um 5^{1/4} Uhr wird die Sitzung vertagt.

Einige Satiren.

Eine schweizerische Zeitung hat vor längerer Zeit einige witzige Satiren gebracht. Was ist eine Satire? Eine Satire ist eine Dichtung in Poesie oder Prosa, welche die Gebrechen und Schlechtigkeiten einer Einrichtung, eines Standes oder eines Menschen mit Witz, Spott und Uebertreibung geißelt. Die Satire soll sich nie gegen das Wahre, Gute und Schöne, sondern nur gegen das Schlechte, die Blige und Gemeinheit richten.

I.

Der Redakteur.

Der Redakteur ist ein Mann, welcher Zeitungen macht. Sein Handwerkszeug sind Schere, Blaustifte und Federn. Wenn er etwas weiß oder wenn er gereizt wird, so gebraucht er die Feder und schreibt einen Artikel. Wenn er nichts weiß, so schreibt er noch viel mehr und dann giebt es einen Leitartikel. Die Schere dient dazu, um aus andern Zeitungen die besten Mordthaten und sonstige saftige Neuigkeiten herauszuschneiden, worauf sie dann in das eigene Blatt gesetzt werden.

Der Redakteur gehört zu den Wiederkäuern, wohin auch der Dohs und die Kuh gehören, denn er kann alte Artikel, welche andere Redakteure einige Wochen vor ihm gehabt haben, wiederkäuen. Oft kann er nach Jahr und Tag noch solche abgestandene Sachen aufwärmen und wieder genießbar machen.

Es gibt gute und böse, zahme und wilde, giftige und bissige Redakteure. Die guten schreiben fromme Artikel über die Religion und das Rechtthun, welche aber nicht gelesen, sondern nur abonniert werden. Die zahmen setzen allerlei Sachen in das Blatt, welche niemand interessieren und deshalb für den Schlaf gut sind. Fast alle Redakteur sind mehr oder weniger giftig und beißen einander. Einmal kam ein Redakteur nach Afrika, wo er die Gebräuche der Menschenfresser ausspionieren wollte, um es dann in seine Zeitung zu thun. Die Wilden fraßen ihn aber auf, wodurch sie ihn am Schreiben verhinderten. In kurzer Zeit erkrankten und starben jedoch alle, welche vom Redakteur gefressen hatten, eben weil er giftig war, wovon die guten Neger keine Ahnung hatten.

Die Redakteure beißen einander nur aus Entfernung von ihren Schreibstuben aus. Wenn sie beisammen an einem Tische sind, so thun sie einander nichts.

Der Redakteur muß sehr schnell schreiben oder scheren können, denn er soll alle Tage sein Blatt voll haben. Er ist sehr froh, wenn es viel Unglücke giebt, oder brav Schlachten verloren werden. Er hat dann immer Stoff genug für das Blatt und die Abonnenten schimpfen nicht, es stehe heute wieder nichts darin.

Ein Redakteur muß auch sehr schnell lesen können. Jede Post bringt ihm Duzende von Briefen und fremden Zeitungen. In zwei Sekunden weiß er schon, ob der Brief etwas enthält, was in die Zeitung gehört oder ob es nur aus Blödsinn und Unsinn besteht. Ein einziger Blick in das größte Tauschblatt genügt ihm, um dessen ganzen Inhalt zu wissen. Aber wenn die Leser mit seiner eigenen Zeitung so kurzen Prozeß machen, so gefällt es ihm nicht.

Weil Löwen und Tigec gerne den Menschen anfallen, sperrt man sie zuweilen in Käfige ein. Ebenso macht es der Staatsanwalt mit den Redakteuren, welche auch die Menschen verfolgen und sogar die schwersten Staatsmänner angreifen. Man steckt sie ebenfalls ins Loch und nimmt ihnen die Fünflivres weg, obgleich sie meistens keine vier haben.

Für den Frieden des Landes wäre es besser, wenn man alle Redakteure samthast nach Brüllisau hinschicken könnte und ihnen genug Milch zu trinken und Prügeln zum Aufmachen gäbe.

Ein Redakteur muß nicht wie ein Zimmermann eine Lehrzeit durchmachen. Wer eine Feder, einen Krug voll Tinte und eine intelligente Schere sich kaufen kann, ist mit dem Nötigen versehen, um Unheil und Bildung sich anzueignen.

Soziales und Partei-Leben.

Wismar. ArbeitsEinstellung. Ungefähr 100 Mann, der größte Theil der beim hiesigen Hafenbau beschäftigten Arbeiter, haben am 16. Mai die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter verlangen einen höheren Lohn. Wie verlautet, sollen die Unternehmer beabsichtigen, ihre bisher in Warnemünde beschäftigten Elevatoren hierher zu bringen, um hierdurch eine große Zahl Arbeiter entbehrllich zu machen. Eine Lohnhöhung wollen dieselben nicht gewähren. Das Erstere ist gewiß ein gutes Mittel, die Arbeiter zufriedenzustellen.

Die achtstündige Arbeitszeit wird auch die Buchdruckerei des „Hamburger Echo“ mit dem 28. d. Mts. einführen.

Mülheim. Am 18. d. Mts. legten 12 Brauer der Mülheimer Aktien-Brauerei, vormals Börsch u. Hahn die Arbeit wegen Lohn Differenz nieder.

Stettin. Der Ausstand der Hafnarbeiter ist beendet.

Der Streik der Zimmerleute in Danzig scheint sich auszudehnen auf die Erdarbeiter. 250 an den Wällen

beschäftigte Arbeiter legten die Arbeit bereits nieder. Einschließlich der Bauhandwerker streiken jetzt im ganzen 2200 Mann.

Der Streik der Londoner Droschkentischer geht schon wieder seinem Ende entgegen. Die meisten Besitzer haben bewilligt.

Der Generalstreik der Kohlengräber von Pennsylvania greift immer mehr um sich; die Zahl der Streikenden ist seit Beginn von 125 000 auf 180 000 gestiegen. Es ist auch schon mehrfach wieder zu Blutvergießen gekommen, indem Sheriffsmannschaften auf Streikende schossen, welche Scabs (Streikbrecher) aus einem der Werke vertreiben wollten; es wurden 15 der Streikenden verwundet.

Parteilgenossen, die nach Holland bezogenlich Amsterdam auswandern oder auf der Durchreise diesen Ort berühren, sei mitgetheilt, daß ein altbewährter Parteilgenosse, Fr. Gagenmeyer, dessen Wohnung Bergstra. Nr. 3 Amsterdam sich befindet, erbötig ist, Zugereisten gern mit Rath und That zur Seite zu stehen, soweit dies im Bereich der Möglichkeit liegt.

Aus Nah und Fern.

Berlin, 17. Mai. Der letzte Mord im Grunewald. Trotz der schweren gegen den Maurer Thiede vorliegenden Verdachtsmomente scheint es noch nicht ausgemacht zu sein, daß er der Mörder des Fräulein Helene Schweichel ist. Denn die Kriminalpolizei fahndet nach einem anderen Mann mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß er mit der That in Verbindung gebracht werden könnte. In der betreffenden Bekanntmachung heißt es, daß der Gesuchte frech bettelte und Frauen unsittliche Anträge gestellt hat.

Ein seltsamer Aberglaube herrscht in Preussisch-Litthauen. Man glaubt dort, daß die andauernde Dürre in diesem Jahre eine Folge der im vorigen Jahre erfolgten Aufhebung des Ruß- und Bettages sei. Thatsächlich ist in diesen Kreisen sowohl im vorigen als in diesem Jahre der aufgehobene Bußtag wie früher gefeiert worden und der neu vorgeschriebene weniger beachtet worden.

Ein Schlummerwinkel im preussischen Abgeordnetenhaus. Ein nicht mehr ganz schlanker Abgeordneter, so plaudert ein Besucher des Abgeordnetenhauses in der „Alln. Volksztg.“, hat sich in die hinterste Ecke des Saales zurückgezogen, um ein kleines Schläschen zu machen. Von oben allein kann man ihn bemerken. Aber die Journalisten sind ja verschwiegen. Es ist auch keine Unthat, denn jene Ecke hat das Vorrecht, „allenfallsige“ Schlafbedürftige gastlich aufzunehmen. Sie liegt hinter den Bänken der Nationalliberalen und ihre Plätze zeichnen sich dadurch aus, daß sie keine Pulle vor sich haben; man kann also die Beine recht bequem ausstrecken. In früheren Jahren war Abg. Löwe ein ziemlich häufiger Besucher dieses stillen Winkels; da hieß er die Löwenhöhle. Später bemerkte man zuweilen den Abg. Fuchs dort, die Arena musternd; da bekam er den Namen Fuchsbau. In jüngster Zeit soll der Abg. Fisch der eifrigste Besucher gewesen sein; nun heißt er der Fischkasten. — In seiner jetzigen Verfassung könnte sich sonder Schaden das ganze preussische Abgeordnetenhaus schlafen legen!

Donn. Der 26jährige Gärtnergehilfe Lethen, der den Rentner Petry zu Godesberg ermordete und beraubte, hat nach Verübung der grausigen That ein Benehmen gezeigt, wie es in der Verbrecherwelt zu den Seltenheiten gezählt werden dürfte. Raun daß sein Opfer gräßlich verstümmelt leblos am Boden lag, fuhr er nach Bonn, wo er vergnügt von dem geraubten Gelde, zirka 700 Mk., eine Anzahl Einkäufe machte und mit einem Dienstmann, den er zum Tragen der Sachen engagierte, sich heiter unterhielt. Unter Anderem kaufte er auch Verlobungsringe! Und am Sonntage, als schon die Behörde mit allem Nachdruck nach der Spur des Mörders forschte, feierte er fröhlich seine Verlobung! Sodann brach er auf, um mit der Braut eine Tour ins Siebengebirge zu machen. Inzwischen war auch schon die Polizei ihm auf der Ferse. Nachdem er durch einen Sprung in den Rhein vergeblich zu flüchten versucht, zeigte er die größte Ruhe und Kaltblütigkeit. Er leugnet andauernd trotz der vielen und jeden Zweifel ausschließenden Schuldbeweise noch immer.

Manheim. Ein großer Skandalprozeß steht in Aussicht. Wegen gemeinschaftlicher Vergehen gegen § 219 des R.-Str.-B. wurde in Heidelberg die Hebamme Horn und die junge Frau des Schuhmachermeisters Arnold verhaftet. Die eingeleitete Untersuchung erstreckt sich auf hochstehende Kreise. Bis jetzt befinden sich wegen der gleichen Angelegenheit 13 Personen in Haft. Die Hauptangeklagten sind geständig.

Pastor Iskraut, der bekannte „Knüppel-Pastor“ von Stenge, hat Schläge bekommen. Welcher Beliebtheit Iskraut sich in seinem bisherigen Wirkungskreis erfreut, dafür ist folgender Vorfall bezeichnend: „Süngst von einer Reise Abends heimkehrend, passirte Iskraut das, was er schon so manchem Sozialdemokraten, so manchen „grünen Jungen“ zur höheren Ehre Gottes gewünscht, „er bekam Keile.“ Als er den Schlagenden zurief: „Ihr verkennt mich wohl, ich bin ja der Pastor Iskraut.“ wurde ihm die Antwort zu Theil: „Du fast se ja gerade he b e n!“ — Es ist wirklich hart für die frommen Konservativen, erleben zu müssen, wie der Mann, den sie für schweres Geld auf's Land schiden, damit er die Rötter vor der sozialdemokratischen Verführung schütze, von den eigenen Anhängern verlassen und verhaßt wird! —